

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Karl Dönitz 4194-4195



Redaktion für Verlag und Geschäftsstelle:
Berlin O 20 61, Zelle-Wilhelm-Platz 6
Telefon: Copeland

Die Befreiung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zusicherung geschützt. Abnahme beträgt 4 Bogen
von dem Druckverleger, wenn nicht anders bestimmt ist. Abnahme für beide Seiten 8 Bogen.

Berlin, den 2. September 1931

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Das Fiasko des Führergedankens.

SPD. Der ehemalige braunschweigische Minister Franzen ist aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten und der bisherige Vorsitzende der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Braunschweig Groh ist ihm gefolgt. Der Grund für diese Austritte liegt darin, dass Hitler Herrn Franzen und die Gründe die er für seinen Rücktritt als Minister angeführt hat, auf das gründlichste desavouiert hat. Hitler hat befohlen, dass die Nationalsozialisten sich in Braunschweig wieder an der Regierung beteiligen sollen, er wird den rechtsbürgerlichen Fraktionen, die ihm in treu ergebener Knechtschaft unterworfen sind einen neuen Mann als Franzens Nachfolger präsentieren und seine ergebenen Knechte werden diesen neuen Mann wählen.

Herr Franzen hatte erklärt, dass ein Länderminister nur mehr "ein Fronvogt der Brüning-Diktatur" sein könne. Herr Hitler dagegen lässt erklären, dass angesichts der neuen Notverordnung für die Länder ein Länderminister heute sehr weitgehende selbständige Funktionen habe. Beide Erklärungen lassen sich nicht vereinbaren. Entweder ist die eine unsinnig oder die andere. Da Herr Hitler für sich die Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt, versetzt seine Erklärung Herrn Franzen eine schallende Ohrfeige. Die Antwort Franzens besteht im Austritt aus der Partei.

Nachdem die nationalsozialistische Politik sich in der letzten Zeit aus dem Vordergrund der Politik zurückgezogen und auf Hintertreppen und in Vorzimmern sich betätigt hat, war Herr Franzen in Braunschweig der Mann, der an der vordersten Stelle der nationalsozialistischen Front in der Öffentlichkeit stand. Seine Rebellion hat deshalb grössere Bedeutung als seinerzeit die Revolte des Herrn Stennes.

Im Fall Franzen hat ebenso wie im Fall Stennes eine Führerintrige in der Nationalsozialistischen Partei gespielt. Hitler huldigt dem Grundsatz: Du sollst keine anderen Götter haben neben mir, und er ist deshalb ängstlich bemüht, beizeiten die Köpfe abzuschlagen, die sich neben ihm erheben. Da er selbst nicht viel Kopf besitzt, muss er selbst vor Leuten wie Stennes und Franzen Furcht haben. Selbst mit solchen Köpfen kann er sich nicht gut messen. Er würde zuviel dabei riskieren. Er bedient sich deshalb des Mittels der Intrige und der Schiebung, um seine Führerstellung zu sichern. Im Falle Stennes hat man einigen Einblick hinter die Kulissen erhalten. Auch im Falle Franzen ist eine Intrige geführt worden und die Erklärungen, die nunmehr von Franzen und Groh erlassen werden, zeigen ganz deutlich, dass man in München gewollt hat, dass Herr Franzen sich selbst in die Tinte setzen soll.

Das Spiel ist auch diesmal gelungen, und es wird vermutlich in der Zukunft auch noch an anderen Leuten ausprobiert werden. Die oberste Führerqualität, die ein nationalsozialistischer Führer besitzen muss, scheint die Fähigkeit der Schiebung zu sein. Aber dieses Spiel wird eines Tages ein natürliches Ende haben. Es zeigt nicht nur den Kreisen ausserhalb der nationalsozialistischen Partei, sondern auch den Nationalsozialisten selber, dass ein jämmerlicher

Führeropportunismus, die zum Prinzip erhobene Grundsatzlosigkeit das Lebens-
element dieser Partei ist.

Was wollen die Prominenten der Hitlerpartei, was wollen die reaktionären Beamten und ähnliche Elemente, die sich dieser Bewegung anschliessen? Sie wollen etwas werden und wollen etwas sein wozu ihnen ihre sonstigen Fähigkeiten nicht verhelfen würden. Sie wandern in die Hitlerpartei hinein in dem Glauben, dass sie dort die sehr geehrten Herren Führer sein werden und sie wandern eben so wieder hinaus wenn es ihnen nicht passt. Die Führerkonflikte in dieser Partei reissen nicht mehr ab. Es ist ein ständiges Kommen und Gehen. Einer gibt dem anderen die Klinke in die Hand. Herr Röhm, von dem man nach der letzten bekannten Affäre nichts mehr gehört hat, hat einmal in seinen Erinnerungen über den Hitlerputsch von 1923 beschrieben, wie es in seinem Büro zugeing, als der Putsch zu glücken schien. Da kam ein entlassener Offizier nach dem andern zu ihm um sich zur Verfügung zu stellen und um dabei Ansprüche auf gehobene Posten mit guter Bezahlung anzumelden. Mit Bitterkeit hat Herr Röhm geschildert, wie die Herren, die sich so eifrig in sein Zimmer gedrängt hatten, sich beeilten, die Türe von draussen wieder zuzumachen, als das Fiasko sichtbar wurde.

So ist es mit den Herren Führern in der Partei des Herrn Hitler. Sie wollen alle etwas werden. Der Führergedanke, wie er dem gemeinen Volk gepredigt wird, gilt ihnen selbstverständlich nur als eine Fabel für die Gefolgschaft. Er ist gut für die gemeinen Soldaten, die vor ihnen stramm zu stehen haben, aber für sich selbst huldigen sie der Demokratie in der herrschenden Clique. Der Fall des Herrn Franzen zeigt den sogenannten Führergedanken in der Nationalsozialistischen Partei in bengalischer Beleuchtung. Jeder möchte Duce sein, und so raufen sie sich untereinander, nicht nur um die Ehre, sondern zugleich auch um die Posten. Sie kämpfen nicht mit sachlichem Wettstreit, sondern sie schieben gegeneinander.

Die Gefolgschaft fängt derweilen bereits an zu merken, was im Olymp vor sich geht, und der Brief, den Herr Groh zur Begründung seines Austritts aus der Hitlerpartei geschrieben hat, lässt darüber keinen Zweifel. Es heisst darin :

"Die Auseinandersetzungen mit der Reichsleitung der NSDAP bzw. deren Beauftragten in der Rücktrittsangelegenheit des Ministers Dr. Franzen haben in geradezu erschreckendem Masse die Wandelbarkeit und Unentschiedenheit der Partei nicht nur auf dem Gebiet der Taktik, sondern vor allem in Fragen der Zielsetzung und Programmatik bewiesen. Die Art der Erledigung der Ministerfrage in Braunschweig durch die Reichsleitung und deren Beauftragten, Gauleiter Rust, hat mir den Glauben an die NSDAP, deren Kurs mich ohnehin seit langem mit ernster Sorge erfüllte, restlos genommen."

Das sind deutliche Worte. Es ist der Vorwurf des Betrugs an der Gefolgschaft, der Vorwurf der politischen Unehrllichkeit. Herr Groh hat den Glauben verloren, weil er hinter die Kulissen gesehen hat. Er hat die doppelte Moral der Hitlerpartei erkannt. Er hat gesehen, dass ihr oberstes Dogma, das Führerdogma, nichts anderes ist als ein verlogenes Blendwerk, um die Masse der Gefolgschaft hinter den Führern zu halten. Herr Hitler hat mit der Braunschweiger Affäre einen schweren Betriebsunfall erlitten!

SPD. Die Berliner Nationalsozialisten legen systematisch Unterkünfte für ihre SA-Banden an. Bisher wurde die SA in Gastwirtschaften in Bereitschaft gehalten. Jetzt wird sie in regelrechten Kasernen zusammengezogen, die nach Art der Polizeiunterkünfte eingerichtet werden. Es gibt in Berlin bereits eine ganze Anzahl solcher Unterkünfte, die mit ziemlich grossen Kosten gemietet und eingerichtet worden sind. In Gruppen von 10 bis 20 Mann nächtigen dort SA-Abteilungen in Feldbetten.

Der Berliner Polizeipräsident hat diese Unterkünfte durchsuchen lassen. Da jedoch nach den Durchsuchungen kommunistischer Quartiere die Nationalso-

zialisten gewarnt waren, hat diese Durchsuchung nichts Wesentliches zu Tage gefördert. Diese Heime bilden eine ständige Gefahr und eine ständige Bedrohung politisch Andersdenkender. Aus diesen Unterkünften heraus erfolgen systematisch Bandenüberfälle. Die Polizei wird diesen Unterkünften weitgehende Beachtung schenken müssen, und wenn es keine Handhabe gibt, diese Kasernierung einer Privatarmee oder einer Privatpolizei zu untersagen, so wird man sie ständig auf das genaueste beobachten müssen.

SPD. Hannover, 2. September (Eig. Dr.)

Der für Braunschweig in Aussicht genommene Naziminister, der hannoversche Gauleiter Rust, wird in der ganzen Provinz Hannover nicht anders als der "Heldenpapa" bezeichnet. Rust war Lehrer in Hannover. Er reichte sein Pensionsgesuch ein mit der treffenden und von niemandem bezweifelten Begründung, dass ihn seine geistige Konstellation nicht mehr zum Lehrer geeignet erscheinen lasse. In Hannover weiss man, dass diese Begründung absolut ehrlich gegeben war. Das Schulamt hat ihn daraufhin auch ohne weiteres pensioniert.

SPD. Die Deutsche Universal Film-Gesellschaft hat den zuständigen Reichsbehörden eine Erklärung übermittelt, dass die Weltfassung des Films "Im Westen nichts Neues" mit der in Deutschland für geschlossene Veranstaltungen freigegebenen Fassung in Übereinstimmung gebracht werden wird. Der Film wird künftig auch im Ausland ausschliesslich in der gekürzten deutschen Fassung gezeigt werden. In Übereinstimmung mit den Gutachten der zuständigen Behörden ist der Film daraufhin von der Filmprüfstelle zur öffentlichen Vorführung in Deutschland freigegeben worden.

SPD. Erich Zilinski, unser lieber Kampfgenosse, der Unterbezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei für Elbing, weilt nicht mehr unter den Lebenden. An den Folgen eines Ueberfalls nationalsozialistischer Meuchelmörder ist er, erst am Anfang seines dritten Lebensjahrzehnts stehend, in Deutsch-Eylau verstorben, seine Frau und zwei kleine Kinder und seine Parteifreunde in tiefstem Schmerz zurücklassend.

In restloser Arbeit hat Zilinski im Kreise Fischhausen, dann im Unterbezirk Elbing gewirkt. Als er eine Versammlung in Seerappen abhielt, überfiel Nazigesindel die Versammlung. Als Zilinski sich schützend vor die Frauen stellte, wurde er niedergeschlagen. An den Folgen der Verletzungen ist er gestorben.

SPD. Das Wolff'sche Telegrafienbüro verbreitet in diesen Tagen die Mitteilung; nach welcher "auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsministeriums des Innern am Freitag, den 28. August in Gegenwart des Herrn Reichsministers des Innern, Dr. Wirth, eine Besprechung über die diesjährige Winterhilfe der in der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege zusammengefassten Reichsspitzenverbände stattgefunden hat".

Der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt hat Veranlassung genommen, bei den Reichsministerien gegenüber sein Befremden darüber zum Ausdruck zu bringen, dass der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt als eine vom Herrn Reichsarbeitsminister anerkannte Reichsspitzenorganisation der freien Wohlfahrtspflege zu dieser Besprechung nicht hinzugezogen wurde. Der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt bedauert, dass gerade die Wohlfahrtsorganisation, die die

Bevölkerungsschicht vertritt, an die sich die Hilfsmassnahmen wenden, in ihrer Auffassung zu dieser Frage nicht gehört worden ist. Der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt hat seit jeher die Forderung vertreten, dass, wenn Sammlungen und Hilfsaktionen durchgeführt werden, sie unter Führung und Beteiligung der öffentlichen Fürsorge zu erfolgen haben. Er hat seiner Auffassung in einem Schreiben an die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege Ausdruck gegeben, das nachstehend veröffentlicht wird:

"An die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege: Wir nehmen Bezug auf die telefonische Anfrage, die Herr Regierungsrat Grüneisen im Auftrage der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege an uns richtete und erlauben uns, unsere Stellung zur Frage einer gemeinsamen Hilfsaktion der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege wie folgt darzulegen:

Die zu erwartende Not dieses Winters macht ergänzende Hilfsmassnahmen in breitem Rahmen notwendig. Die Kommunen sind fast am Ende ihrer Leistungsfähigkeit, nachdem sie in den letzten schweren Jahren den weitaus überwiegenden Anteil an der Hilfe für Millionen Opfer der Krise tragen mussten. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir auch in diesem Jahre mit demselben Nachdruck fordern, dass alle Hilfsaktionen nur im Zusammengehen von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege durchgeführt werden. Diese Forderung ergänzen wir weiter dahin, dass die Ertragnisse aus diesen Hilfsaktionen im Rahmen der öffentlichen Fürsorge zur Verteilung gelangen sollen. Das liegt nicht nur im Interesse einer rationellen Verwendung, es trägt auch dazu bei, dass die kommunale Wohlfahrtspflege eine wenn auch nur bescheidene Unterstützung erfährt.

Wir nehmen als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege Stellung gegen eine Winterhilfsaktion, die allein von der freien Wohlfahrtspflege durchgeführt wird. Wir glauben ausserdem, dass die Vorgänge bei der "Inneren Mission" in breiten Kreisen der Bevölkerung die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Winterhilfsaktion der freien Wohlfahrtspflege zerstört haben. Wir sind bereit in einer Winterhilfsaktion mitzuarbeiten, wenn der öffentlichen Fürsorge dabei die Stellung eingeräumt wird, die wir vorstehend dargelegt haben.

Abschrift dieses Briefes werden wir an den Herrn Reichsarbeitsminister und den Herrn Reichsminister des Innern senden und ihn auch in der Tagespresse veröffentlichen."

SPD. Madrid, 2. September (Eig. Drahtb.)

Heute Nacht liess der Staatsgerichtshof alle Mitglieder des Militär-Direktoriums Primo de Riveras verhaften, unter anderem den bekannten General Friedrich Berenguer und Jordana sowie Admiral Magaz und Cornejo.

Durch einen syndikalistischen Generalstreik hat sich die Lage in Zaragossa zugespitzt. Militär hat die Stadt vollkommen besetzt. Verschiedentlich kam es zu Zusammenstössen. Geschäfte und Cafés sind geschlossen, der Verkehr ruht.

SPD. Sofia, 2. September (Eig. Drahtb.)

Der offene und schonungslose Krieg zwischen den mazedonischen Fronten, den Anhängern Michailows und denen des vor drei Jahren gemordeten Generals Protogerow, der im Februar d. J. nach 2½-jähriger Dauer durch eine Versöhnungsaktion beigelegt zu sein schien, ist von neuem mit doppelter Heftigkeit ausgebrochen. Wieder krachen Höllemaschinen, Handgranaten und Karabiner, wieder liegen Tote am Boden, wieder rufen die bulgarischen Blätter - wie gewöhnlich in gedämpftem Tone, wenn es sich um makedonische Dinge handelt - "Genug der furchtbaren Metzelei an den Söhnen des Bulgarentums", und wieder bleiben die physischen und geistigen Mörder "unauffindbar". Zwar erklärte

der neue Regierungschef Malinow, dass er unnachsichtlich gegen die Ruhestörer vorgehen werde, doch die Polizeiorgane bleiben taub und blind gegenüber den Terrorbanden Jwan Michailows. Unbelästigt bewegen sich die Terroristen in den Strassen von Sofia, und die Spatzen pfeifen es vom Dache, dass die nächsten Wochen und Tage neue Mordtaten bringen werden. Michailow ist fest entschlossen, die "inneren Feinde" der makedonischen revolutionären Organisation, die ihn noch nicht als unumschränkten Gebieter der Bewegung anerkennen wollen, endgültig zu vernichten, damit es "Frieden" gebe und die Jmro innerlich geeint und gestärkt zu neuen revolutionären Taten gegen Südslawien und Griechenland schreiten könne.....

Wenn der sozialistische "Narod" nach den sich zuletzt wieder häufenden politischen Morden immer nachdrücklicher eine radikale Reorganisation und Säuberung der Polizei verlangt, die von dem Sgoworregime übernommen wurde, so ist diese Forderung vielsagend. Auch in den Kreisen der Bauernpartei, die in der Koalition Malinow die stärkste Gruppe bilden, mehren sich die Stimmen, dass ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die mazedonischen Unruhestifter nicht mehr zu vermeiden sei, dessen Vorbedingung jedoch eine Reinigung der Polizei sei.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat durch mehrere Runderlasse an die Polizeibehörden Vorsorge getroffen zu einer besonders sparsamen Bewirtschaftung der Mittel bei den Fonds. Sowohl zur Verausgabe höherer Beträge als auch bis auf weiteres zur Gewährung von Umzugskostenbeihilfen, Wohnungsinstandsetzungsbeihilfen, Wohnungsbeschaffungsbeihilfen und Umzugsentschädigungen ist die Genehmigung des Ministers erforderlich. Bei den äusserst geringen Mitteln kann mit der Zustimmung des Ministers zu Anträgen nur in solchen Fällen gerechnet werden, in denen ein unabweisbares, nicht aufschiebbares dienstliches Bedürfnis zu befriedigen ist oder in denen durch die Ausgabe an einer Stelle Ersparnisse an anderer Stelle eintreten werden. Aus vorsorglichen Gründen müssen daher die Anträge bereits vor der Anordnung von Massnahmen, z.B. zur Freimachung von Wohnungen, gestellt werden. - Aus Ersparnisgründen hat sich der Minister des Innern ferner gezwungen gesehen, eine Anzahl der festgesetzten Lehrgänge beim Polizeinstitut für Technik und Verkehr ausfallen zu lassen.

SPD. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde durch Beschluss des Preussischen Staatsministeriums der Regierungspräsident Scherer in Sigmaringen in den einstweiligen Ruhestand versetzt und der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. Brand, zwecks Einsparung einer Ministerialdirektorstelle in diesem Ministerium kommissarisch zum Regierungspräsidenten in Sigmaringen ernannt. Ebenso wurde im Interesse der Einsparung einer Regierungspräsidentenstelle der Oberpräsident der Provinz Pommern, Dr. von Halfern, gleichzeitig zum Regierungspräsidenten in Stettin ernannt.

SPD. Weimar, 2. September (Eig. Drahtb.)
In Schwarza in Thüringen fand ein Gemeindeentscheid über die Auflösung des Gemeinderats statt. Er wurde von Hakenkreuzlern und Kommunisten gemeinsam betrieben, die eine völlige Pleite erlebten. Von 1530 Wählern hatten sich am Gemeindebegehren 634 beteiligt. Am Gemeindeentscheid nahmen nur 588 Wähler teil und davon stimmten noch 84 mit Nein.

In Breitungen (Werra) wurde der Gemeinderat neu gewählt. Die Wahl hatten folgendes Ergebnis: Nationalsozialisten 367 Stimmen (4 Sitze), Nationale Ar-

beiter- und Angestelltenliste 305 Stimmen (3), Landbund 151 Stimmen (1) und Sozialdemokraten 304 Stimmen (3).

Ein Vergleich mit der letzten Reichstagswahl am 14. September vorigen Jahres ergibt, dass die Nationalsozialisten einen wesentlichen Stimmenrückgang zu verzeichnen haben. Bei der Reichstagswahl erhielten sie 548 Stimmen, und unter Hinzurechnung der Grossdeutschen Liste Schmalix 600 Stimmen. Die Sozialdemokraten hatten am 14. September 256 Stimmen. Ihr Stimmenzuwachs dürfte darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil der Kommunisten, die keine eigene Liste aufgestellt hatten, für die Liste der SPD stimmten. Listenverbindung war nur die Nationale Arbeiter- und Angestelltenliste und der Landbund eingegangen.

SPD. Nachdem vor dem Meininger Schöffengericht die von dem Nazi-Studienrat Hille in Hildburghausen im "Völkischen Beobachter" nachgeplapperte Verleumdung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Crispian und Dittmann, im Kriege mit dem französischen Offiziersspion Desgranges konspiriert zu haben elend zusammengebrochen ist, gestaltete sich eine Versammlungstour, die Abg. Dittmann in dem Gebiet von Eisenach über Meiningen bis Hildburghausen abhielt, zu einem wahren Volksurteil über die Naziverleumdung. Überall, wo Dittmann unter stürmischer Zustimmung sprach, waren die Säle total überfüllt und auch zahlreich von Bürgerlichen besucht, so in Eisenach (1500 Besucher), in Meiningen (1500), in Schweina (600), in Wasungen (500) und in Hildburghausen (800).

Die imposanteste der Versammlungen war die in Hildburghausen, Wohnort des Nazi-Studienrats Hille, der zur Versammlung eingeladen und auch erschienen war. Ausser den 800 Besuchern, die den polizeilich abgesperrten Saal füllten, standen noch 600 Personen vor dem Lokal, die keinen Einlass mehr fanden. In dem 6500 Einwohner zählenden Ort war die Versammlung eine nie dagewesene Sensation. Abg. Dittmann nahm die Kapitulation Hilles vor dem Meininger Schöffengericht zum Anlass, in einer zweistündigen Rede gründliche Abrechnung zu halten mit den Lügen über Dolchstoss, Kriegsschuld, Matrosenmeuterei, Munitivarbeiterstreik und Revolution. Er schloss mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über Kapitalismus und Sozialismus und erntete den stürmischen Beifall der überfüllten Versammlung. Der Nazimann Hille, dem 30 Minuten Redezeit bewilligt wurden, die er um zehn Minuten überschritt, worauf er gewaltsam am Weiterreden verhindert werden musste, spielte eine geradezu klägliche Rolle. Er ging mit keiner Silbe auf seine Blamage vor dem Meininger Schöffengericht ein und plapperte unter dem Kopfschütteln und Erstaunen der zahlreich anwesenden bürgerlichen Kreise lediglich die schon im Referat des Genossen Dittmann widerlegten Lügen wieder herunter. Vor dem Schlusswort des Genossen Dittmann verliess Herr Hille mit zirka fünfzig seiner Getreuen lärmend den Saal und versuchte die Versammlung zu sprengen, was ihm aber dank der Disziplin der sozialdemokratischen Versammlungsbesucher und der imponierenden Stärke des Reichsbanners kläglich misslang, so dass Dittmann sein Schlusswort ungestört halten konnte. Bei dieser Versammlungstour war es wegen ihres besonderen Anlasses möglich, zahlreiche Leute aus bürgerlichen Kreisen in die Versammlungen zu bringen. So wurde die Tour zu einer vorzüglichen Werbeaktion für die Partei und den Sozialismus. Die Verleumdungsaktion der Nazis erwies sich als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag die folgende Grosse Anfrage eingebracht :

Der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Einrichtungen der Inneren Mission und der Evangelischen Kirche hat grosse Verluste mit sich gebracht. Es kann als feststehend gelten, dass grosse Beträge aus Mitteln des Reiches und des Staates in der unverantwortlichsten Weise verwirtschaftet und vergeudet werden

sind. Darüber hinaus sind tausende kleiner Sparer, die ihre mühsam zurückgelegten Groschen in den evangelischen Bausparkassen anlegten, nicht nur um ihre Hoffnung auf eine Wohnung betrogen, sondern höchstwahrscheinlich auch restlos um ihr Geld gebracht. Dieser grossen Gefahr sind über 20 000 Bausparer ausgesetzt. Der Zusammenbruch ist auf unzulässige Spekulationsgeschäfte, leichtfertige Verwendung der Mittel und persönliche Misswirtschaft auch bei der Hilfskasse zurückzuführen. Verantwortlich für den angerichteten Schaden ist nicht nur der Zentralausschuss der Inneren Mission der Evangelischen Kirche, sondern sind auch die evangelischen kirchlichen Spitzenbehörden, das Kirchenbundesamt, die Synode und der Oberkirchenrat. Eine Anzahl der für die Misswirtschaft verantwortlichen Personen sind nicht nur in mehreren der erwähnten Körperschaften, sondern einige in allen als Mitarbeiter tätig gewesen. Es kann daher wohl als selbstverständlich angesehen werden, dass die Evangelische Kirche mit ihrem Vermögen die gefährdeten Spargroschen der Bausparer sicherstellt nach dem Rechtsgrundsatz, wer Schaden hat, muss Schaden bessern.

Wir fragen: Ist das Staatsministerium bereit,

1. die evangelischen Kirchenbehörden anzuhalten, durch Bereitstellung von Vermögensteilen der Evangelischen Kirche jeden Verlust von den Bausparern fernzuhalten?

2. Vorsorge zu treffen für eine ordnungsmässige zweckentsprechende Verwendung der den Organisationen für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung gestellten Mittel?

3. auf die Reichsregierung einzuwirken, dass die vom Reichstag beschlossene Staatsaufsicht über die Bausparkassen unverzüglich und gründlich durchgeführt wird?

SPD. Paris, 2. September (Eig. Drahtb.)

In einer chemischen Fabrik in einem Pariser Vorort hat sich am Mittwoch-Vormittag eine schwere Explosion ereignet. Das ganze Fabrikgebäude fing Feuer und stürzte in sich zusammen. Unter den brennenden Trümmern wurden von der Feuerwehr die vollkommen zerstückelten Leichen von zwei Arbeiterinnen hervorgezogen. 20 Arbeiter wurden schwer verwundet. Durch die Explosion wurde auch eine benachbarte Fahrstuhlfabrik zum Teil zerstört. Auch in diesem Betrieb haben etwa 20 Arbeiter Verletzungen erlitten. Schliesslich sind eine Anzahl Wohnhäuser in der Umgebung beschädigt worden und mehrere ihrer Bewohner verletzt worden. Die Gesamtzahl der Verletzten wird am Nachmittag auf etwa 60 beziffert. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt. Die Staatsanwaltschaft von Versailles hat sich an die Unglücksstelle begeben und die Untersuchung eingeleitet.

SPD. Paris, 2. September (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung aus Genf sollen die französisch-italienischen Verhandlungen über das Flottenabrüstungsabkommen noch in diesem Monat wieder aufgenommen werden.

SPD. Brüssel, 2. September (Eig. Drahtb.)

In der am Mittwoch-Nachmittag stattgefundenen Sitzung der paritätischen Kohlenkommission ist es zum Bruch zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber gekommen. Wie erinnerlich, hat die belgische Regierung nunmehr auf die Zechenbesitzer einen Druck ausgeübt, damit sie angesichts des zwischen Belgien und Deutschland zustande gekommenen Kohlenabkommens, das ih-

den Interessen im weiten Masse Rechnung trägt, auf ihren Beschluss, die Tarifverträge zum 1. September zu kündigen, verzichten. In der Mittwochsitzung zeigten sich die Zechenbesitzer jedoch gänzlich unversöhnlich. Schliesslich schlugen sie den Arbeitervertretern einen neuen Tarifvertrag vor, der eine allgemeine Lohnreduktion von $2\frac{1}{2}$ % vorsah. Dies lehnten die Arbeitervertreter entschieden ab und verliessen die Sitzung. Tatsächlich sind die Arbeiterdelegierten auch durch den einstimmigen Beschluss des vor 10 Tagen stattgefundenen ausserordentlichen Bergarbeiter-Kongresses gebunden, wonach die Grubenarbeiter sich jeder weiteren Lohnreduktion widersetzen wollen. Die Lage ist äusserst kritisch. Die Lohnsätze sind tatsächlich mit dem heutigen Tage beseitigt und die Zechenbesitzer werden ohne Zweifel einen systematischen Angriff auf die bestehenden Löhne beginnen. Am Sonntag wird in allen Kohlenrevieren eine Urabstimmung über die Frage der Erklärung eines Generalstreiks stattfinden, deren Ergebnis nicht zweifelhaft sein kann. Die Stimmung unter den Bergarbeiterführern ist sehr gereizt. Sie haben den Zechenbesitzern die weitestgehenden Zugeständnisse gemacht und sie bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Kohlen-syndikat in jeder Weise unterstützt. Jetzt haben sie den Dank dafür von den Unternehmern. Diese haben es offenbar darauf abgesehen, die Bergarbeiter in einen Streik zu treiben, dessen Aussichten sie angesichts der jetzigen Wirtschaftslage für sich als günstig beurteilen. Kommt es zum Kampfe, dann dürfte er äusserst erbitterte Formen annehmen.

SPD. Paris, 2. September (Eig. Drahtb.)

Im Innenministerium fand am Mittwoch-Nachmittag zwischen dem Ministerpräsidenten Laval, dem Finanzminister Flandin und dem amerikanischen Botschafter Edge eine Beratung über die schwebenden Finanzprobleme statt.

Zu der am Dienstag zwischen Finanzminister Flandin und Botschafter Edge stattgefundenen Unterredung meldet der "Intransigeant", dass der amerikanische Botschafter nach Beendigung seines Urlaubs nur mit dem französischen Finanzminister Fühlung genommen und sich über die gegenwärtige internationale Finanzlage unterrichtet habe. Die Zeitung hält es für wahrscheinlich, dass bei dieser Gelegenheit auch über die Möglichkeit einer Revision des Young-Plans und der Schuldenabkommen gesprochen worden ist. Der "Temps" erklärt, dass die Unterredung nicht durch eine neue Initiative des Präsidenten Hoover auf dem Gebiete der Reparationen und Kriegsschulden hervorgerufen worden sei.

SPD. Prag, 2. September (Eig. Drahtb.)

Das Innenministerium hat die Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei für Sonntag, den 27. September festgesetzt. Die amtliche Mitteilung über die Ausschreibung der Wahlen wird erst am Freitag veröffentlicht werden, um die Dauer des Wahlkampfes abzukürzen.

SPD. Paris, 2. September (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes Arthur Fontaine ist am Mittwoch-Vormittag in seiner Pariser Wohnung im Alter von fast 71 Jahren gestorben. Fontaine war zuletzt Generalinspektor der französischen Grubenverwaltung im Ministerium für öffentliche Arbeiten und Vorsitzender des Verwaltungsrats der Saargruben. Er hatte seine Laufbahn als Unterdirektor des französischen Arbeitsamtes begonnen und als solcher an den Verhandlungen über die ersten internationalen Arbeitsabkommen, so z. B. an dem Berner Abkommen von 1906 über die Nachtarbeit der Frauen, teilgenommen. Fon-

taine hat in Frankreich die Arbeiterstatistik geschaffen und sich mit dem Ausbau des Schlichtungswesens beschäftigt. Bei den Friedensverhandlungen vertrat er Frankreich in der Kommission, die den Teil 13 des Friedensvertrages über die internationale Organisation der Arbeit vorzubereiten hatte. Bei der Gründung des Internationalen Arbeitsamtes wurde er zum Präsidenten des Verwaltungsrats ernannt und ständig mit allen Stimmen der Regierungs-, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter wiedergewählt.

SPD. Rom, 2. September (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen den Professor Moulin und seine italienischen Mitangeklagten wurde am Mittwoch-Nachmittag folgendes Urteil gefällt. Moulin, Albassini und Maffi erhalten je zwei Jahre Gefängnis; Moulin wurde ausserdem aus Italien ausgewiesen, nachdem er die Strafe verbüsst hat. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

SPD. Rom, 2. September (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan wegen der katholischen Aktion und der aufgelösten katholischen Jugendverbände haben zu einem neuen Abkommen geführt, das am Mittwoch im "Osservatore Romano" und in der italienischen Presse veröffentlicht wird. Danach hat sich die katholische Aktion jeder politischen Betätigung zu enthalten und sich unter direkter Leitung der Bischöfe auf religiöse und seelsorgerische Fragen zu beschränken. Leiter der katholischen Aktion dürfen künftig nicht mehr solche Personen sein, die antifaschistischen Parteien angehört haben. Die Verbände der katholischen Aktion haben in Zukunft die nationale Fahne zu führen. Die katholischen Jugendverbände werden wieder erlaubt. Sie haben sich jeder sportlichen Betätigung zu enthalten und sich ausschliesslich im erzieherischen Sinn zu betätigen, immer im Hinblick auf die religiösen Ziele. Eine der wichtigsten Bestimmungen des neuen Abkommens ist die, womit der katholischen Aktion jede gewerkschaftliche oder auch nur assistenzielle Betätigung in Zukunft untersagt wird. Irgendwelche Berufsfragen unterstehen nicht mehr ihrer Kompetenz, vielmehr haben sie hier mit den faschistischen Organen zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel eines Ausgleichs der sozialen Gegensätze.

SPD. Koblenz, 2. September (Eig. Drahtb.)

Die Polizei beschlagnahmte in einer Wirtschaft, die von Nationalsozialisten viel besucht wird, eine Menge Waffen, u.a. Gewehre, Karabiner, Stahlhelme, Messer, Schlagringe, Gasmasken und andere, zum Teil amerikanischer, russischer und englischer Herkunft. Der Besitzer der Wirtschaft ist Waffensammler und Waffenhändler. Sein Sohn gehört der SS-Abteilung der Nationalsozialistischen Partei an. Die Polizei erblickt in der grossen Menge der Waffen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

SPD. Köln, 2. September (Eig. Drahtb.)

Der Ausstand der Kölner Fürsorgearbeiter ist am Mittwoch endgültig zusammengebrochen. Mit Ausnahme einiger weniger Leute sind die 1200 Streikenden an ihre Arbeitsstellen zurückgekehrt.

SPD. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium die am 1. September begonnene Beratung am Nachmittag des 2. September fortgesetzt. Die Sitzung dauerte bis in die Abendstunden.

Nachdem in der Dienstag-Sitzung die Sparmöglichkeiten im Rahmen der staatlichen Besoldungsordnung erörtert worden waren, sind in der Mittwochsitzung die Sparmassnahmen auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung, der Rechtspflege sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden durchgeführt worden. Die zu erlassende Notverordnung bedarf noch der abschliessenden redaktionellen Fassung, sodass erst in einigen Tagen mit der Veröffentlichung zu rechnen ist.

SPD. Die deutsch-österreichische Zollunion ist tot - noch bevor sie überhaupt gelebt hat. Eine offiziöse Verlautbarung der deutschen Delegation in Genf lässt darüber keinen Zweifel, dass der Plan bereits faktisch preisgegeben ist. Es wird zwar darin versichert, dass ein "endgültiger Verzicht nicht in Frage kommt"; aber gleichzeitig wird hinzugefügt, dass eine "zeitweise Zurückstellung der Durchführung sich auch mit Rücksicht auf die besondere Lage Oesterreichs ergibt". Mit anderen Worten: die seit dem Krach der Credit-Anstalt verzweifelte Lage der österreichischen Finanzen zwingt die Wiener Regierung, an die unverzügliche Hilfe der Westmächte, insbesondere Frankreichs, zu appellieren, und das ist gleichbedeutend mit der Preisgabe der Aktion Curtius-Schober. Denn die französischen Banken werden nur dann an der abermaligen Rettungsaktion für Österreich teilnehmen, wenn die Zollunion vorher begraben wird.

Dass die Angelegenheit schliesslich so enden würde, stand seit Monaten fest. Bereits auf der Maitagung des Rates war der Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt bekannt, ebenso wie die katastrophalen Folgen, die daraus für die gesamte Donau-Republik entstanden waren. Die Anrufung des Haager Gerichtshofes hatte demnach nur noch eine sekundäre Bedeutung. Jeder wusste, dass, selbst im Falle eines für den deutsch-österreichischen Standpunkt günstigen Rechtsgutachtens, Österreich nicht in der Lage sein würde, dem Willen der kapitalkräften Westmächte zu trotzen. Das Haager Urteil liegt noch nicht vor. Gerüchtweise verlautet, dass es einen Widerspruch zwischen der Zollunion und dem Genfer Protokoll feststellen soll, das Österreich im Jahre 1922 unterzeichnete, als es zum ersten Mal durch den Völkerbund saniert wurde. Dagegen soll das Gutachten keinen Widerspruch zwischen dem Zollplan und den Verträgen von Versailles und Saint-Germain erblicken.

Wenn diese Gerüchte, die bisher nirgends dementiert wurden, zutreffen, dann wäre zwar die Zollunion sowieso praktisch unmöglich geworden, aber die "politische Ehre" Österreichs und vor allem Deutschlands wäre durchaus gewahrt. Die Behauptung der Franzosen und Italiener, dass der Plan Curtius-Schober eine Verletzung der Friedensverträge darstellt, wäre damit endgültig widerlegt und fiel auf jene zurück, die seinerzeit mit viel Geschrei und Drohungen diese Anklage erhoben haben.

Ob es um die Zollunion selbst schade ist, ob sie für die beiden Länder von besonderem wirtschaftlichem Vorteil gewesen wäre, ist sowohl in Deutschland wie in Österreich vielfach angezweifelt worden. Sicher ist aber, dass der aussenpolitische Schaden, den diese Aktion angerichtet hat, ungeheuer gross war. Deutschland, das in der furchtbaren Krise der vergangenen Monate mehrmals je zuvor auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Westmächten angewiesen war, ist durch diesen unüberlegten diplomatischen Streik in eine Isolierung zurückversetzt worden, die beinahe zu vergleichen war mit der ersten Nachkriegszeit.

Um nun das Gesicht zu wahren versichert die deutsche Regierung, dass sie ihr eigentliches Ziel insofern erreicht habe, als der Gedanke der Zollunionen dadurch einen Auftrieb erhalten habe und sogar von den Ausschüssen des Euro-

pa-Komitees nunmehr generell für ganz Europa empfohlen werde. Das ist natürlich nur eine faule Ausrede von Diplomaten, die eine empfindliche Niederlage erlitten haben.

Lebten wir in normalen, geordneten politischen und parlamentarischen Verhältnissen, so müsste der verantwortliche Minister die Konsequenzen ziehen. Die Rechtspresse, die Dr. Curtius in dieses Abenteuer hineingehetzt hat, be-
eilt sich nunmehr, seinen Rücktritt am lautesten zu fordern. Wenn wir uns gegen diese Ministerstürzerei wenden, so geschieht das keineswegs, weil wir für Dr. Curtius besondere Sympathie hegen oder mildernde Umstände für ihn plädieren, sondern nur, weil wir wissen, dass die Nationalisten damit den Wunsch nach einer noch bedenklicheren aussenpolitischen "Aktivität" verknüpfen. Wir haben an dem einen Abenteuer mit der Zollunion wahrhaftig genug.

SPD. London, 2. September (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett hat am Mittwoch seinen Plan zur Sanierung des Budgets fertiggestellt. Es bleibt noch die Arbeit, ihn in Gesetzesform zu bringen, was von einem besonderen Ausschuss vorgenommen wird und in einer Woche geschehen kann. Das Parlament ist angesichts dieses unerwartet schnellen Fortschritts auf nächsten Dienstag einberufen worden.

Ministerpräsident MacDonald hat dem Parteivorstand seines Wahlkreises auf dessen Aufforderung, sein Mandat niederzulegen, geantwortet, dass er zu dieser Aufforderung nicht eher Stellung nehmen könne, bis er die Aufgabe, die er sich gestellt habe, zu Ende geführt hat. Die Niederlegung des Mandats hätte den Minister in eine schwierige Lage gebracht, sie hätte ihn gezwungen, sich einen anderen Wahlkreis zu suchen, wozu er wirklich gegenwärtig keine Zeit hat. Der Parteivorstand seines Wahlkreises kann den Premierminister natürlich nicht zwingen, sein Mandat niederzulegen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Frankfurt, a.M. 2. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der Frankfurter Gewerkschaftskongress führte am Mittwoch vormittag im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen zunächst die Aussprache über das Problem der 40 Stundenwoche zu Ende.

Pratzsch-Hannover (Fabrikarbeiter-Verband): Die Einführung der 40 Stundenwoche darf nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Der Staat muss sie schon im Interesse seiner Selbsterhaltung schaffen. Bedauerlich ist, dass das Beispiel der Harburger Oelwerke, die mit der Arbeitszeitverkürzung gute Erfahrungen gemacht haben, beim Unternehmertum keine Nachahmung fand. Die Auswirkungen der Rationalisierung auf die Bauarbeiterschaft ist auf dem Kongress bereits geschildert worden. Noch schlimmer sind diese Auswirkungen in der Baustoffindustrie. Von den Ziegelarbeitern in Deutschland dürften Tausende in den nächsten Jahren in ihrem Beruf nicht mehr in Arbeit kommen. Technisierung und Rationalisierung haben sie überflüssig gemacht. Was soll mit diesen Arbeitern geschehen? Sie können doch nicht ewig von Wohlfahrtsunterstützung leben. Die technische Seite der Arbeitszeitverkürzung ist in den Verhandlungen mit den Unternehmern genügend untersucht und geprüft worden. Viele Unternehmer erklären heute selbst, dass nur jemand, der seine Zeit verschlafen habe, noch vom technischen Standpunkt aus sich gegen eine Arbeitszeitverkürzung wenden könne. Der Lohnausgleich kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Bei 12% Dividende ist er selbstverständlich am Platz. Zu beachten ist auch, dass bei 40 Stunden Arbeit die äusserste Existenzgrenze in der Lohnfrage erreicht ist. Man darf nicht gewaltsam die Menschen radikalieren. Der Radikalismus kann die soziale Revolution nicht mit Erfolg durchführen. Er macht die Arbeiter nur zu Opfern der Reaktion.

Prietzl (Musikerverband) begründet einen Antrag seines Verbandes auf Einführung der 40 Stundenwoche und Beseitigung des Doppelverdiener- und Schwarzarbeit-Unwesens. Die Einführung der mechanischen Musik habe die Arbeitslosigkeit unter den Musikern ungeheuer anschwellen lassen und damit der Ausbeutung Tür und Tor geöffnet. Arbeitszeitverkürzung sei nichts anderes, als eine neue Verteilung der Arbeitsplätze. Wirksam sei sie nur, wenn ein Anstellungszwang geschaffen werde. Die Eindämmung der nebenberuflichen Tätigkeit sei unbedingt notwendig. Wenn man von den verheirateten Frauen und von der Landwirtschaft absehe, dann verbleiben nach den Berechnungen der Brauns-Kommission noch immer 2 Millionen nebenberuflich tätige Leute übrig. Selbst, wenn man durch Beseitigung des Doppelverdienerwesens auch nur 50 000 Menschen wieder in Arbeit bringe, sei das zu begrüßen. Die Schwarzarbeit habe einen viel grösseren Umfang, als man angenommen habe. Allem Anschein nach habe die Regierung aber überhaupt nicht die Absicht, irgend etwas zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zu tun. Der Kongress müsse daher den bereits im Reichstag auf Veranlassung der Sozialdemokratie unternommenen Vorstoss gegen die Schwarzarbeit durch Annahme des von den Musikern gestellten Antrages weiter treiben.

Zimmer-Bochum (Bergarbeiter-Verband): Das Problem der Arbeitszeitverkürzung ist nicht nur ein Krisenproblem, sondern auch ein Wirtschaftsproblem, ein Gesellschafts- und Organisations-Problem, nicht nur ein sozialpolitisches. Wir führen den Kampf als ein Problem der Sozialpolitik. Im Bergbau wurden statt Entlassungen vielfach Feierschichten durchgeführt. Das bedeutet freilich ein Opfer der Arbeiter, das sich aber sehr segensreich auswirkt. In einer ganzen Reihe von Industrien wäre eine Legalisierung des Feierschichtensystems durchführbar. Die Arbeitszeitverkürzung müsste mit Eifer in Angriff genommen werden.

Meier-Berlin (Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband) beleuchtet die Frage der Arbeitszeitverkürzung vom Standpunkt der handwerksmässigen Betriebe aus. Hier werde trotz Gesetz noch bis zu 72 Stunden gearbeitet. Im Braugewerbe sei erfreulicherweise ein Fortschritt zu verzeichnen; hier sei die Fünftagewoche bereits für 30 000 Arbeitskräfte gesichert; sie müsse restlos durchgesetzt werden.

Professor Lederer ging in seinem Schlusswort zunächst mit einigen Worten auf die Ausführungen des Delegierten Kraus-Stuttgart ein, der in seinem Loblied auf Sowjetrußland für die Frage der Arbeitszeitverkürzung den revolutionären Klassenkampf zur Lösung empfahl. Mit der Formel "Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung", betonte Lederer, sind die Probleme der Arbeiterschaft in Gedanken natürlich leicht zu lösen. Kraus geht es, wie vielen Studenten, die alle Probleme aus einem letzten Prinzip heraus zu lösen versuchen. In den Höhen des letzten Prinzips könnten sie sich leicht verständigen. Sobald es aber an die praktische Durchführung und Gestaltung geht, kommt für die wirklichkeitsfremden Wolkenwandler die Enttäuschung. Die Menschen werden einstweilen noch nicht mit Flügeln geboren. Der Weg der Praxis geht über die staubige und steinige Strasse. Das Ziel kann nur erreicht werden durch harte und mühevollen Arbeit. Die Politiker, die in der Vorkriegszeit die Geschichte der Völker gelehrt haben, versuchten sich oft dadurch zu helfen, dass sie eine besonders schwierige Lage durch eine noch schlimmere, künstlich geschaffene Situation überwinden wollten. Die Probleme der Vorkriegszeit sind durch den Krieg nicht gelöst worden. Der Weltkrieg brachte keine Lösung der politischen Probleme, und ebenso bringt der Bürgerkrieg keine Lösung sozialer Fragen. Krieg wie Bürgerkrieg, beide sind ein- und dieselbe Katastrophenpolitik. Die Katastrophenpolitiker glauben immer an Wunder. Wunderglauben hilft uns keinen Schritt weiter.

Tarnow hat die Frage angeschnitten, ob nicht eine Veränderung des Kreditmechanismus uns retten könne. Schon während der Inflation wurden solche Gedanken geäußert. Wir können uns aber nicht aus dem allgemeinen Wirtschaftsgefüge der Welt herauslösen. Auch im Geldwesen kommen wir nicht mit einer Art Autarkie ins Freie. Ein Rückgängigmachen des Preissturzes wäre nur international denkbar. Ein einzelnes Volk kann in dieser Frage nicht isoliert vorgehen, wenn es nicht Kopf und Kragen riskieren und in eine neue Währungskatastrophe hineintreiben will.

Ein entscheidender Anstoß zur Belebung der Kreditbeschaffung kann mit besserer Aussicht auf Erfolg auf politischem Felde unternommen werden. Die enge Berührung der Wirtschaft mit der Politik, von der wir am Dienstag gesprochen haben, zwingt dazu, durch eine Reinigung der politischen Atmosphäre die Kreditkrise zu überwinden. Kurzfristige Kredite sind heute im Ausland für gute Gläubiger fast umsonst zu haben. Wenn das politische Risiko in wegfällt kommen würde, dann würde das ohne Zweifel eine vielfache Abhilfe des Mangels an Kredit bedeuten. Wir können den Rahmen des Kredits nicht künstlich erweitern. Zunächst muss der politische Boden gereinigt sein und die Öffentlichkeit muss zugleich dafür sorgen, dass eine neue Verschwendung investierten Kapitals nicht mehr möglich ist. Eine ausgedehnte Kreditkontrolle ist deshalb ein dringendes Gebot.

Zur Frage der 40 Stundenwoche erklärte Lederer in seinem Schlusswort noch einmal mit stärkstem Nachdruck: Die 40 Stundenwoche ist hezete durchführbar. Die Rentabilitätseinwände sind in der vom Bundesvorstand dem Kongress vorgelegten Sammelschrift über die 40 Stundenwoche restlos widerlegt worden. Für den Unternehmer kann es nur darauf ankommen, dass die Arbeit ohne wesentliche Mehrkosten erledigt wird. Auf dem Weg, den die Gewerkschaften gewiesen haben, entstehen durch Arbeitszeitverkürzung keine wesentlichen Unkosten. Die Dürftigkeit der Argumente, die jetzt noch gegen die Arbeitszeitverkürzung ins Treffen geführt werden, ist geradezu auffallend. Sie sind durch die Praxis tausendfältig widerlegt.

Es ist ein Ausfluss höchster Solidarität der Arbeiter, wenn sie das Arbeitsvolumen unter die Gesamtheit der Arbeiter aufteilen wollen. Dass diese Aufteilung nicht mit einem vollständigen Lohnausgleich verbunden sein kann, hat bereits Eggert dargelegt. Was sich jetzt in der Welt vollzieht, ist richtige Volksgemeinschaft, ein Kommunismus der Arbeit, der die vorhandene Arbeitsmenge

wenn auch unter Opfern, unter den Einzelnen aufteilt. Die Regierung aber steht dem Problem mit einer vollständigen Apathie gegenüber. Viele Unternehmer - keine Sozialisten - geben zu, dass die Forderung der Gewerkschaften durchführbar ist und zwar von Heute auf Morgen. Aber die grosse Zahl der Unternehmer will von der 40 Stundenwoche nichts wissen, und deshalb getraut sich die Regierung nicht an ihre Durchführung. Soll wirklich nur der Machtpunkt des Unternehmertums ausschlaggebend sein? Die breiteste Öffentlichkeit muss jetzt zu der von den Gewerkschaften aufgeworfenen Frage einer neuen Volksgemeinschaft zur Durchführung der 40 Stundenwoche Stellung nehmen. (Starker Beifall).

In der Abstimmung zu Punkt 3 der Tagesordnung: "Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40 Stundenwoche" beschloss der Kongress, den Antrag des Musikerverbandes zur Eindämmung der Schwarzarbeit und der Doppelverdienerei dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Entschliessung des Bundesvorstandes zur Wirtschaftskrise und der Frage der 40 Stundenwoche wurde gegen eine Stimme unter starkem Beifall angenommen. Die Entschliessung lautet:

"Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Ueberlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Krisenmoment der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft hat aussergewöhnliche Ausmasse angenommen. Hinzugetreten ist eine Reihe von Sonderursachen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben. Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, dass die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat. Die Welt steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufrichtige Absage an den Krieg, d.h. durch allgemeine Abrüstung zu beseitigen und derart die notwendige Vorbedingung für eine Weltwirtschaft zu erfüllen, - oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenhalt zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongress bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesausschuss des ADGB in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Heilungsprozesses erhoben haben. In der Erkenntnis, dass selbst bei günstiger Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongress insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diese Massnahme ist möglich, und aus sozialen und politischen Gründen unabweisbar.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der gesetzlichen allgemein 40 stündigen Arbeitswoche weiterhin mit grösster Entschiedenheit zu vertreten. Der Kongress verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die brachliegenden Arbeitskräfte wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen."

Die Anträge der Metallarbeiterverbände Chemnitz und Leipzig waren durch die Annahme der Entschliessung des Bundesvorstandes erledigt.

Die Beratung des vierten Punktes der Tagesordnung:

"Öffentliche und private Wirtschaft"

wurde eingeleitet durch einen auf dem Kongress mit viel Interesse und starkem Beifall aufgenommenen Vortrag des Altonaer Oberbürgermeisters Brauer.

Seit den Tagen der Inflation - so führte Brauer aus - erleben wir in Deutschland ein Kesseltreiben gegen die Gemeinden. Es geht um die öffentliche Wirtschaft. Der soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiter in den Gemeinden infolge der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu den Gemeindeparlamenten soll zunichte gemacht werden. Die gesamte Reaktion im Bunde mit dem früheren Präsidenten der Reichsbank Schacht bildet eine Front

zur Zerschlagung der gemeindlichen Betriebe. Wir rufen daher in diesem Augenblick den Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hilfe auf. Es geht ums Ganze, um Sein oder Nichtsein der Gemeinwirtschaft.

Man stellt es so hin, als handele es sich bei der gemeinwirtschaftlichen Tätigkeit um eine Erfindung der Nachkriegszeit. Betrachten wir doch einmal die geschichtliche Entwicklung. Die öffentliche Wirtschaft ist keineswegs, wie unsere Gegner behaupten, erst ein Ergebnis der jüngsten Entwicklung. Sie stand vielmehr bereits im Mittelalter in hoher Blüte. In der mittelalterlichen Stadt mit ihrer Zunftverfassung stand nahezu alles im Betreuungskreis der Stadtverwaltung. Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts begann unter dem Einfluss kapitalistischer Privatinteressentenkreise die Trennung von öffentlicher und privater Wirtschaft sich schärfer und schärfer herauszugestalten. Eine Periode vollkommener Privatwirtschaft hat es in Deutschland nie gegeben.

Der private Betrieb hat in erster Linie den Vorteil seiner Aktionäre im Auge. Ihm ist ethisches Handeln unwirtschaftlich, wenn es die Dividende schmälert. Im Gegensatz zu diesem Profitstreben erhält der öffentliche Betrieb seinen inneren Antrieb vom Dienstwillen für die Gesamtheit. Angesichts dieser Sachlage kann die Führung grosser Versorgungsbetriebe heute weniger denn je allein vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus erfolgen. Wo durch Zusammenschlüsse die günstigen Auswirkungen der freien Konkurrenz auf die Preisbildung und den technischen Fortschritt ausgeschaltet sind, müssen durch öffentliche Konkurrenzbetriebe die Preise beeinflusst werden. Die Monopole aber gehören in die Hand der öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Eine Monopolstellung muss sozial verwaltet werden. Die Steigerung der Bodenwerte im Weichbild der Städte ist im wesentlichen das Ergebnis der kommunalen Entwicklung. Eine weitschauende kommunale Bodenvorratspolitik kann aber den Mehrwert gemeinnützig zur Geltung bringen. Die städtebaulichen Aufgaben sind unabhängig zu machen vom Spekulantentum. Der Privatbetrieb ist nie zur Anlage von Stromnetzen, Strassenbahnlinien und zum Strassenbau für städtische Randbezirke zu bewegen. Dagegen ist der öffentliche Betrieb zu Verlusten bereit, wenn er sich daraus Vorteile für die Bevölkerung verspricht. Vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen ist das allerdings eine "unwirtschaftliche" Betätigung der öffentlichen Wirtschaft. Die kommunalen Betriebe sollen soziale Musterbetriebe sein und vorbildliche Arbeitsbedingungen aufweisen. Die Kommune ist der geeignetste Träger aller Versuche, darüber sind wir uns wohl alle einig. Dagegen werden die Ansichten vielleicht darüber auseinandergehen, ob die Privatindustrie oder die öffentlichen Betriebe mit den Löhnen vorangehen sollen. Die Stilllegung von unrationellen Betrieben darf natürlich nicht erschwert werden. Dagegen sollen die öffentlichen Betriebe stets die Spitzenlöhne der Privatbetriebe übernehmen und darüber hinaus soziale Verbesserungen bei Urlaub, Krankheit usw. gewähren. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie der Angestellten in Staat und Gemeinden sind für die gesamte Arbeitnehmerschaft von grösster Bedeutung. Deshalb muss auch die gesamte Arbeitnehmerschaft sich um die öffentliche Wirtschaft und ihre Funktionen kümmern.

Die öffentliche Wirtschaft ist nach alledem bereits ein gewaltiger Motor der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung geworden. Von rund 18 Millionen gewerblichen Arbeitnehmern werden etwa 2½ Millionen in öffentlichen Betrieben beschäftigt. Die öffentliche Hand ist aber nicht nur der grösste Arbeitgeber in Deutschland, sie ist zugleich auch der grösste Auftraggeber für die Privatwirtschaft. Die Aufträge der öffentlichen Hand an die Privatwirtschaft bewegten sich bis zu Beginn der schweren Krise im Jahresdurchschnitt von 8 bis 9 Milliarden Mark. Auf alle mögliche Weise sucht man die öffentliche Hand aus der Wirtschaft hinauszudrängen. In den Parlamenten beantragt man das Einspruchsrecht der Gemeindeaufsicht gegen die Gemeindebetriebe sowie eine Zwei-

drittel-Mehrheit bei Einführung von Gemeindebetrieben.

Besonders ernst war der Vorstoss der Industrie gegen die kommunale Gasversorgung. Der Mehrverbrauch an Braunkohle anstatt Steinkohle und die sonstige Verlagerung der deutschen Energieerzeugung, die durch den Versailler Vertrag, durch Gebietsverluste und auch durch den Fortschritt der Technik veranlasst wurde, führte dahin, dass sich die Ruhrindustrie in ihrer Macht- und Interessensphäre bedroht fühlte. Sie erstrebte daher eine grosszügige Monopolisierung der Koks- und Gaserzeugung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet, durch Stilllegung der kommunalen Gaswerke und durch zentrale Ferngasbelieferung der deutschen Gemeinden aus den Kokereien des Ruhrgebiets.

Die deutschen Gemeinden stehen diesen Bestrebungen grösstenteils ablehnend gegenüber. Die Gaswerke würden sich bei Stilllegung ihrer Produktion aller Möglichkeiten berauben, die ständigen Erfolge der Technik auf dem Gebiete der Kohleveredelung nutzbringend zu verwerten. Bei politischen und wirtschaftlichen Verwicklungen im Kokereigebiet würde die Gasbelieferung zweifellos überhaupt aufhören.

Die Ferngasversorgung ist eine Frage von solchem volkswirtschaftlichem Ausmass und solcher überörtlichen Bedeutung, dass ihre Lösung im Rahmen privatwirtschaftlicher Zielsetzung nicht tragbar erscheint. Die Gefahren einer Monopolisierung der Wärmewirtschaft in privater Hand sind nicht abzusehen, sobald die eigene Erzeugung der Städte eingestellt wäre.

Man wirft den Leitern öffentlicher Betriebe Mangel an Initiative vor, im selben Atemzug klagt man die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft heftig an, die doch ein Zeichen von Tatkraft und Unternehmungsgeist ist. Ich glaube aber, dass die Leiter öffentlicher Betriebe sich in ihrer Verantwortung stärker gebunden fühlen als die Privatunternehmer, die niemandem verantwortlich sind, zumal die öffentlichen Betriebe ganz anders der Kritik ausgesetzt sind als die Privatbetriebe. Als besonderes Uebel der öffentlichen Unternehmungen wird mitunter ihre Politisierung bezeichnet; sowohl die Verwaltungsräte als auch die Aufsichtsräte der Betriebsgesellschaften seien nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Aber die Privatwirtschaft ist nicht weniger politisiert. Ohne die finanzielle Unterstützung der Privatwirtschaft wären die rechtsradikalen Organisationen schon längst abgesackt. Der einzige Unterschied ist aber: die Privatwirtschaft ist einseitig rechtsradikal politisiert, während die Stadtparlamente und die Aufsichtsräte der öffentlichen Gesellschaften aus den verschiedensten Parteien zusammengesetzt sind.

Die Behauptung, dass die private Wirtschaft infolge ihrer grösseren Beweglichkeit produktiver sei als die öffentliche Wirtschaft, ist falsch. Die Privatwirtschaft hat kein Recht, über die Produktivität und Unproduktivität öffentlicher Betriebe zu Gericht zu sitzen, da sie selbst ungeheure Produktionsverluste in ständigen Krisen, eine geringere Ausnutzung der vorhandenen Anlagen, Millionen Arbeitslose, Produktionseinschränkungen durch Syndikate und künstliche Hochhaltung der Preise aufzuweisen hat. Die Schwierigkeiten der öffentlichen Wirtschaft kommen nicht vom Regiebetrieb, sondern von der allgemeinen Wirtschaftslage und den Krisen, also vom Wirtschaftssystem der Privatwirtschaft.

Völlig abzulehnen ist die gemischtwirtschaftliche Betriebsform. Der gemischte Betrieb ist nichts anderes als ein Kompromiss, als ein Versuch des Privatkapitals, seine Machtsphäre hintenherum wiederzugewinnen unter dem Vorwand des öffentlichen Interesses und unter Ausnutzung öffentlicher Monopolrechte. Die Weiterentwicklung der öffentlichen Wirtschaft geht in eine ganz andere Richtung. Der interkommunale Betrieb hat die Zukunft für sich. Noch hält ein falscher Lokalpatriotismus viele Gemeinden vor interlokalen Bindungen zurück. Die Unternehmer bilden Kartelle und Syndikate; nur die Gemeinden beharren

noch in lokalwirtschaftlicher Abgeschlossenheit. Eine weitere Aufgabe sehe ich in folgendem: Die öffentlichen Betriebe müssen sich zu der Erkenntnis durchringen, dass hohe Ueberschüsse nicht an hohe Tarife gebunden sind, sondern dass auch hier grosser Umsatz bei kleinem Nutzen erst zu hohen Erträgen führt. Die öffentliche Wirtschaft ist nur so lange auf dem richtigen Weg wie der Verbrauch zunimmt.

Wenn man in die Zukunft der Gemeinwirtschaft blickt, wie wir es hier vorhin versuchten, dann darf man auch nicht die Grenzen der öffentlichen Bewirtschaftung übersehen. Die Befriedigung individueller Wünsche wird man der Privatwirtschaft überlassen. Die öffentliche Hand fühlt auch keine Veranlassung, in das Gebiet der Kleinbetriebe hinüberzugreifen. In gleicher Weise bin ich gegen jede Produktion der öffentlichen Wirtschaft für den freien Markt. Die Privatwirtschaft hat gar keine Veranlassung, sich aufs hohe Ross zu setzen. Die von ihr aufgebaute Wirtschaftsordnung wurde zur Wirtschaftsunordnung. Wir sehen eine wirtschaftliche Anarchie vor uns: Aufsichtsräte, die keine Aufsicht führen, Preispolitik ohne Zusammenhang mit der vorhandenen Konsumkraft, Syndikate, die die Produktion drosseln und dadurch zusätzliche Arbeitslosigkeit hervorrufen und Fehlinvestierungen. Wir erleben eine Wirtschaft ohne Wirtschaftlichkeit und daraus resultierende Krisen, die Millionen Familien um Arbeit und Brot bringen. Der Kampf der Unternehmerschaft gegen diese öffentlichen Betriebe zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik muss in den kommenden Jahren aus der privatwirtschaftlichen in die öffentliche Sphäre verlegt werden, um eine bessere Wirtschaftsverfassung zu erlangen. Die Umbildung des Wirtschaftssystems ist kein fernes Zukunftsziel, sondern ein täglich fortschreitender Entwicklungsprozess, an dem wir bauen müssen, Stein um Stein.

Hier in Frankfurt a. Main hat die politische Demokratisierung Deutschlands ihren ersten Ausdruck in der deutschen Nationalversammlung von 1848 gefunden, und von hier aus ergeht heute vor dem Parlament der Ruf nach der wirtschaftlichen Demokratie. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Die Aussprache über den Vortrag Brauers eröffnet Polenske (Gesamtverband): Brauers Vortrag war ein Lichtblick. Er hat den wahren Charakter der Hetze gegen die öffentliche Wirtschaft aufgedeckt. Wie steht es denn mit der angeblichen Misswirtschaft der öffentlichen Betriebe! Die Abführung der Ueberschüsse ist im Vergleich mit der Vorkriegszeit gestiegen und in der Krise haben sich bis jetzt die öffentlichen Betriebe wesentlich besser gehalten als die Privatbetriebe. Die öffentlichen Betriebe sind das Rückgrat für die Gemeindevverwaltung. Sie haben eine ähnliche Rolle, wie sie seinerzeit Bismarck der Eisenbahn gab. Im verflossenen Etatsjahr ist über eine halbe Milliarde den Gemeinden aus den öffentlichen Betrieben zugeströmt. Die Gemeinden würden sich heute ganz anders rühren können, wenn nicht die Politik der Schwerindustrie unter Führung von Dr. Schacht eine so unheilvolle Rolle in der Kreditfrage gespielt hätte. Man hat die Gemeinden gezwungen, von den deutschen Banken teures kurzfristiges Geld zu nehmen. Woher stammte dieses Geld? Es kam aus England, Holland und der Schweiz in Form von kurzfristigen Krediten herein. Auf den Tagungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie schlägt man gegenüber den Gemeinden grosse Töne an. Man fordert Verantwortlichkeitsgefühl von den Gemeinden. Bei diesen ist vielleicht mehr Verantwortlichkeitsgefühl vorhanden als in der Privatwirtschaft. Selbst der Fall Sklarek ist nur ein Zwerg gemessen an der Luderwirtschaft, wie sie in grossen Teilen der Privatwirtschaft betrieben wurde. Wenn die Gemeinden Misswirtschaft betrieben hätten, dann hätte sich das Ausland nicht nach der Inflation förmlich gedrängt, ihnen Geld zu geben.

Die Auffassung Brauers über die Bedeutung der Stellung der Gemeinden für die Lohn- und Arbeitsbedingungen kann von uns nur begrüsst werden. Die Gemein-

den müssen in der Behandlung der Arbeiter ein gutes Beispiel geben, wie umgekehrt die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sich immer als Mitverwalter öffentlichen Gutes fühlen müssen und nicht nur als Arbeitnehmer schlechthin. Mit Notverordnungen, wie wir sie erlebt haben, unterstützt man allerdings nicht bei den Gemeindearbeitern diese Auffassung.

Scheffel (Einheitsverband der Eisenbahner): Der grösste öffentliche Betrieb in Deutschland ist die Reichsbahn. Heute ist sie in der Hand der Reichsbahngesellschaft. Jedenfalls regelt die Gesellschaft Betrieb und Verwaltung allein, und zwar nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten unbeeinflusst von Parlament und Regierung. Die Reichsbahn ist der grösste Auftraggeber. Sie kann, wie einer ihrer leitenden Persönlichkeiten einmal gesagt hat, Industrien entstehen und vergehen lassen. Die Krise hat natürlich ihre Auftragsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Der wilde Kraftwagenbetrieb hat eine unerhörte Schmutzkonkurrenz gegenüber der Reichsbahn geschaffen. Uns fehlt ein Reichsverkehrsgesetz, das alle Zweige des Verkehrs einheitlich zusammenfasst und regelt. Auch wir sind mit Brauer der Meinung, dass die öffentlichen Betriebe Musterbetriebe sein sollen, auch auf sozialpolitischem Gebiet. Bei der Reichsbahn ist davon nichts zu merken. 55 Pfennige Stundenlohn für einen Schwerearbeiter im Reichsbahnbetrieb - so etwas gibt es noch - ist kein Zeugnis eines Musterbetriebes. Freilich müssen auch die Voraussetzungen für eine sozialpolitisch vorbildliche Tätigkeit gegeben sein. Man gebe den öffentlichen Betrieben die Lebensmöglichkeit, und sie werden in der Öffentlichkeit beweisen, dass sie, wenn sie unter den gleichen Voraussetzungen und Bedingungen arbeiten können, den Privatbetrieben überlegen sind.

Hass-Berlin (Lithograph): Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft richtet sich gegen die organisierte Arbeiterschaft, weil die Arbeit der Städte für die Arbeiterschaft der Reaktion ein Dorn im Auge ist. Den Gemeinden ist bei ihrer Arbeit in den letzten Jahren nicht alles geglückt. Da und dort gab es auch, soweit die Personen in Frage kommen, manchen Versager. Im allgemeinen aber ging es vorwärts. Der gemeindliche Wohnungsbau hat ganze Städte entstehen lassen. Für die Schulen wurde viel getan. Vorbildliche Arbeitsverhältnisse wurden in den Gemeindebetrieben geschaffen. Wenn die Gemeinden heute in Schwierigkeiten stecken, so ist daran die öffentliche Wirtschaft wahrhaftig nicht schuld. Hätte man ihnen vor Jahren Bewegungsfreiheit in der Kreditfrage gelassen, dann hätten sie rechtzeitig Vorsorge treffen können. Man hat sie aber förmlich gewaltsam in die Finanzmisere hineingedrängt und jetzt überlässt man sie ihrem Schicksal.

Lengersdorf-Berlin (Gesamtverband): Wir verlangen gesetzlichen Schutz für die öffentlichen Betriebe gegen förmliche Ausplünderungsfeldzüge. Einen solchen Ausplünderungsfeldzug erleben wir jetzt. Es wäre auch der Gedanke zu überlegen, ob nicht ein Gesetz zur Sicherung gegen eine Verschleuderung der öffentlichen Betriebe zu schaffen ist. Damit die Gemeinden ihre Aufgaben in der Auftragsvergebung durchführen können, müssen rechtzeitig Millionen angesammelt werden, auf die man in der Notzeit zurückgreifen kann. Entscheidend für den Kampf um die öffentlichen Betriebe ist die politische und wirtschaftliche Kraft der Arbeiterklasse. Wie leicht wären die Schwierigkeiten zu überwinden, die uns jetzt im Wege stehen, wenn die Arbeiter die politische Macht hätten, die sie längst haben könnten, wenn sie sich geschlossen um das Banner der Gewerkschaften scharten. Entscheidende Kämpfe nahen heran. Ein grosser Teil der Arbeiter aber erkennt den Ernst der Lage nicht. Er steht gleichgültig oder resigniert beiseite. Will die Arbeiterschaft eine historische Stunde verpassen?

Wegener-Hannover (Eisenbahner): Für 5/7 des Reichsbahnpersonals kann das Reich in der Lohn- Gehalts- und Arbeitszeitfrage zu einem guten Teil selbstherrlich vorgehen. Nur für 2/7 des Personals ist die tarifliche Regelung entscheidend. Wer beherrscht die Reichsbahnverwaltung? Die Grossindustrie! Wenn

Arbeitszeiten von 54 Stunden und noch viel längere Schichtzeiten bei der Reichsbahn vorhanden sind, so bedeutet das eine gewaltige Behinderung der übrigen Arbeiterschaft und auch für die Reichsregierung, wenn diese etwa per Notverordnung eine Verkürzung der Arbeitszeit ernstlich wollte, wovon allerdings bis jetzt noch nichts zu merken ist. Die Reichsbahn würde sich einem Notverordnungsdictat wohl kaum unterwerfen. Dieser Zustand ist unerträglich. Die Reichsregierung muss unbedingt wieder restlos die Betriebe und Geschäftsführung der Reichsbahn in die Hand bekommen. Den Weg dazu frei zu machen, ist das Hauptkampfziel der Eisenbahner. Der Bundesvorstand muss das Eisenbahnpersonal in diesem Kampfe unterstützen.

Bernhard-Berlin (Baugewerksbund): Man darf erwarten, dass Brauers Vortrag den Mut der Gemeinden zur Weiterführung der öffentlichen Wirtschaft stärken wird. Man darf hoffen, dass die Gemeinden sich rühren und regen, damit der Wohnungsbau nicht völlig versackt. Der gemeindliche Wohnungsbau hat für die Arbeiterschaft viel Segen gebracht. Nicht überall braucht man heute die Arbeiterkinder zum Spiel auf die Strasse zu jagen. Die Not hat dazu geführt, dass eine Menge Wohnungen scheinbar überflüssig wurden. In Wirklichkeit fehlen aber mindestens 150 000 Wohnungen. Alles in allem sind, wenn man die abbruchreifen Wohnungen in Betracht zieht, 300 000 bis 400 000 Wohnungen notwendig. In diesem Jahre hätten 215 000 Wohnungen geschaffen werden müssen. Der Wohlfahrtsetat drückt schwer die Gemeinden und daher ist bereits der Vorschlag aufgetaucht, statt Unterstützungen zu geben, das Unterstützungsgeld den Gemeinden als Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues zu überlassen. Die Einschränkung der Hauszinssteuer für Wohnungsbau ist unerträglich, denn ohne öffentliche Mittel können für die Arbeiter keine Wohnungen mit tragbaren Mieten geschaffen werden. Die Gemeinden müssen dazu übergehen, ihre Bauarbeiten in eigener Regie durchzuführen. Die Voraussetzungen dafür sind längst gegeben. Die Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden muss ebenfalls unter allen Umständen weitergeführt werden, denn auch sie ist notwendig, wenn billige Wohnungen geschaffen werden sollen.

Kwassnik (Landarbeiterverband) schildert die Bedeutung der öffentlichen Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft. Heute seien die Forstarbeiter lange nicht mehr so der Willkür der Forstbeamten ausgeliefert wie früher. Das sei lediglich eine Folge des Einflusses der Arbeiterschaft auf die öffentlichen Betriebe. Auch in der Landwirtschaft ist durch die öffentliche Wirtschaft mancher Fortschritt angebahnt worden. Öffentlich-landwirtschaftliche Betriebe könnten Oasen sein in der Wüste reaktionärer Agrarbezirke. Landwirtschaft in eigenem Betrieb der Städte dürfe nicht lediglich eine reine Zufälligkeit darstellen. Sie müsse systematisch angestrebt werden; denn nur mit ihrer Hilfe sei auch eine vernünftige Siedlungspolitik durchzuführen.

Prietzl (Musikerverband) fordert, dass nicht jetzt unter dem Druck der Verhältnisse die Kulturarbeit der Gemeinden gedrosselt werde. Die Anzeichen mehrten sich, dass öffentliche Theaterbetriebe wieder in Privatbetriebe umgewandelt werden. Komme es dazu, dann sind sie dem Einfluss der Arbeiterschaft entzogen, auch soweit der Spielplan in Frage kommt. Das ist durchaus keine Nebensächlichkeit, denn wenn man sparen will, dann soll man nicht Geld für Riesengagen von Prominenten wegwerfen. Man kann auch mit weniger grossen Kanonen auskommen.

Oberbürgermeister Brauer ging in seinem Schlusswort auf die verschiedenen in der Aussprache gemachten Anregungen ein, die nach seiner Auffassung eine wertvolle Ergänzung seines Vortrages brachten: Das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages, an dem ich entscheidend mitgewirkt habe, ist kein wirkliches Programm. Es ist eine reine Notmassnahme. Es ist nur die Schlussfolgerung aus traurigen Tatsachen, um einen Schutzwall aufzurichten gegen das grösste Unglück, das uns treffen würde, wenn eines Tages die Wohlfahrtsunter-

stützung nicht mehr gezahlt werden könnte. Man hat den Gemeinden per Notverordnung verboten, sich unter Umständen von ihren eigenen Kreditorganisationen, d.h. den Sparkassen, Hilfe zu holen. Kredite vom privaten Geldmarkt sind nicht zu erhalten. Rückgang der Steuereingänge bedeutet weitere Verschärfung der Situation. Wir müssen aber unter allen Umständen den Arbeitslosenschutz aufrechterhalten, und wir müssen die Werke der Gemeinden vor der Gefahr der Verschleuderung schützen. Das Wort ist bereits gefallen: die Gemeinden sollen ihre Werke mobilisieren, wenn sie nicht mehr weiter können. O ja, die Gemeinden würden ihre Werke schnell los, allerdings um Spottpreise, und sie bekämen sie so schnell nicht wieder.

Wenn die Notmassnahme des Städtetages unser Programm wäre, dann müssten wir alle unsere politischen und wirtschaftlichen Gedanken einstampfen. Der Ruf der Spiesser: Wir haben nicht gebaut, wir haben auch keine Schulden gemacht, imponiert mir gar nicht. Was die Gemeinden in der Nachkriegszeit unter dem Einfluss der Arbeiterschaft geschaffen haben, war notwendig wie das liebe Brot. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich sehe, wie heute so mancher Arbeiter entlassen wird, weil sein Meister keine Arbeitsaufträge mehr von den Gemeinden erhält. Um die Meister und Handwerker aber, die jahrelang trotz der Arbeitsaufträge auf uns herumgehackt haben, tut es mir nicht leid, wenn sie jetzt zu uns kommen und nach Arbeit Ausschau halten. (Sehr richtig!) Was wir jetzt unter dem Druck der Not tun, hat mit Sparsamkeit wahrhaftig nichts zu tun. Im Gegenteil: wenn wir Strassen verfallen lassen, dann sparen wir nicht, wir vergeuden öffentliche Mittel.

Der Gedanke der Bausparkassen, der in der Aussprache berührt wurde, ist ein gesunder Gedanke. Leider ist er diskreditiert worden. Der Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung für die Beschäftigung von Arbeitskräften zu verwenden, ist nicht neu und nicht richtig. Mit den Unterstützungsgeldern kann man mehr Menschen über Wasser halten, als Arbeiter beschäftigen. Das ist schon hundertmal festgestellt worden. Die Theaterbetriebe der Gemeinden müssen selbstverständlich soweit wie möglich aufrechterhalten werden. Dass wir für eine Vergnügungsstätte kein Geld haben, versteht sich von selbst.

Brauer schloss mit einem Appell an die Gewerkschaften, im Kampfe um die Erhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht zu erlahmen; denn ein demokratischer und sozialer Volksstaat sei ohne Selbstverwaltung undenkbar.

Die Entschliessung des Bundesvorstandes zu dem Problem: öffentliche und Privatwirtschaft wurde vom kongress einstimmig angenommen:

"Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Versagen des herrschenden kapitalistischen wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Ueberwindung der Krise ist die verstärkte Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften entspricht ihrem geschichtlichen Aufgabenkreis. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, dass Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verschwendungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen.

Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mit bedingt, dass die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditdrosselung zu einer starken Einschränkung der öffentlichen Arbeiten gezwungen wurde. Neue

Erschütterungen der gesamten Wirtschaft wären unausbleiblich, wenn die öffentlichen Betriebe wieder der Privatwirtschaft überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht Profitwille sein, sondern Dienstwille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muss auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren.

Abzulehnen sind alle direkten und indirekten Massnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muss es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in stärkster Masse für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrswesen und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmässige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongress erblickt in der Verstärkung der Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmässige Bedarfsdeckungswirtschaft."

Ebenso einstimmig wurde eine Entschliessung des Baugewerksbundes angenommen, in der die von Bernhard in der Aussprache vorgetragene Gedanken und Anregungen zusammengefasst und Staat und Kommunen mit schärfstem Nachdruck an ihre Pflicht zur Belebung des Baumarktes erinnert werden. Der Kongress protestiert gegen die volksschädigende durch den Entzug von Mitteln aus der Hauszinssteuer verursachte Drosselung des Wohnungsbaues.

Die Referate Lederers und Brauers werden nach einem weiteren Beschluss des Kongresses in einer Massenaufgabe den breitesten Volksmassen zugänglich gemacht.

Licht in die Finsternis!

SPD. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress hat am Mittwoch beschlossen, den auf der Tagung erstatteten Vortrag von Professor Lederer über die Wirtschaftskrise und die 40-Stundenwoche sowie das Referat von Oberbürgermeister Brauer über das Problem öffentlicher und privater Wirtschaft in einer Massenaufgabe den breitesten Volksschichten zugänglich zu machen. Die Gewerkschaften müssen wie alle Leute heute mit jedem Pfennig rechnen. Die Kosten für die Drucklegung und Verbreitung der beiden Vorträge von Lederer und Brauer sind aber alles andere als Verschwendung. Diese beiden Vorträge kamen gerade zur richtigen Zeit. Sie sind Fackeln in der Finsternis, die infolge der Not und der Verzweiflungsstimmung sich über alle Gemüter gelegt hat und die Köpfe verwirrt.

Was Lederer am Mittwoch in seinem Schlusswort zur Aussprache über die Frage der 40-Stundenwoche den Kommunisten über die Taktik der Gewerkschaften sagte, muss unbedingt mit in die Massenaufgabe, die seinen Vortrag ins Land tragen soll. Die deutschen Kommunisten - das war Lederers Gedankengang - lösen die

Probleme der Gewerkschaften im Handumdrehen - im Flug der Gedanken. Die Gewerkschaften aber müssen, da sie für die Arbeiter Erfolge herausholen wollen, auf der steinigen und heissen Strasse mit Sack und Pack mühsam dem Ziel entgegenmarschieren. Solange die Menschen noch nicht mit Flügeln geboren werden, muss marschiert werden, wenn das Ziel erreicht werden soll. Bürgerkrieg? Er löst das soziale Problem ebensowenig, wie der Weltkrieg das politische Problem gelöst hat.

Lederers Gedanken können nicht nur dem Mann der Strasse eine Erläuterung bedeuten - auch oben, bei den massgebenden Stellen, könnte noch mancher aus ihnen etwas lernen. Vielleicht nimmt man sich auch im Reichsarbeitsministerium die Mühe, einmal in einer freien Stunde sich in Lederers Untersuchungen und Vorschläge zu vertiefen, vielleicht geht dann auch im Reichsarbeitsministerium da und dort ein Licht auf. Vielleicht schlägt dann doch auch an verantwortlichen Posten das Gewissen. Die Zeit ist überall für die 40-Stundenwoche, denn die Arbeitgeber können sie tragen, und die Arbeiter wollen sie tragen, zum Teil sogar zu ihren eigenen Lasten. Sie wollen Arbeit für Alle, einen Kommunismus der Arbeit, die Volksgemeinschaft. Hier in der Arbeitszeitfrage könnte sie geschaffen werden, aber im Reichsarbeitsministerium verharret man in Untätigkeit.

Brauers Vortrag über die öffentliche und private Wirtschaft war eine scharfe Abrechnung über die elende Hetzlüge, die Arbeiter hätten das Finanzelend der Gemeinden verschuldet, die hätten drauflos gebaut und Schulden gemacht, statt zu sparen. Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft ist - das ist auf dem Kongress von Brauer und in der Aussprache über seinen Vortrag anhand beweiskräftiger Beispiele überzeugend dargetan - nichts anderes, als ein Kampf gegen die Arbeiter. Der Spiesser erträgt es nicht, dass Arbeiter an der Spitze einer Stadt stehen, dass Arbeiter in dem Gemeindeparlament Verwaltungsexerzizien durchmachen und im Laufe der Jahre immer tiefer in die geheimnisvolle Kunst des Verwaltens und Regierens eindringen, die früher nur das Privileg der oberen Schichten gewesen ist. Hinter dem Geschrei der Spiesser stehen die kapitalistischen Drahtzieher, denen es durchaus nicht passt, dass irgendwo etwas geschaffen wird, ohne dass sie mitverdienen und profitieren. Die öffentliche Wirtschaft ist ihnen unbequem, sie schafft Vorbilder für eine vernünftige und anständige Behandlung der Arbeitnehmer, sie baut Wohnungen und schafft damit die Voraussetzung für den kulturellen Aufstieg des Proleten. Alles das muss ja auf die Dauer die Alleinherrschaft des Kapitals und seiner Träger untergraben, und da das nicht sein soll, daher der Ruf von der marxistischen Misswirtschaft.

Die Angst vor dem Vormarsch der Arbeiterbewegung ist's, die das grosse wie das kleine Unternehmertum so giftig gegen die Arbeit der öffentlichen Betriebe in den Gemeinden macht. Die Ängstlichen sehen ihren Platz bedroht, daher das Gezeter gegen die Demokratisierung der Wirtschaft. Und sie kommt - diese neue Zeit, die Zeit, in der die Arbeiter nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein entscheidendes Wort mitzureden haben.

In Frankfurt begann der Aufstieg der Arbeiterbewegung zur politischen Macht. In Frankfurt - rief Brauer zuversichtlich dem Kongress zu - beginnt der Vormarsch der Arbeiter zur wirtschaftlichen Macht.

Die "Todesstrahlen" von Lindenberg.

Die "Todesstrahlen" von Lindenberg.

Eine Erfindung, die Kriege verhindern könnte? - Besuch bei Kurt Schimkus.

SPD. Die einzige Wirkung, welche die sogenannten "Todesstrahlen" bisher hatten, war eine unheilvolle Verwirrung in vielen Köpfen. Was früheren Zeiten Perpetuum mobile und Goldmacherei bedeuteten, das ist für die Nachkriegsgeneration der Begriff der Todesstrahlen. Man kann diesem Gedanken einen gewissen phantastischen Reiz nicht absprechen.

Die ungesichtbaren Wunderstrahlen, deren endgültige Erfindung zumindest alle paar Jahre gemeldet wurde, pflegten in drei Hauptformen aufzutreten.

Fernkurzschluss und andere Experimente.

Die erste Form soll die Zündung von Motoren beeinflussen. Kurze Wellen, die den Luftweg ionisieren, sind tatsächlich imstande, "Fernkurzschluss" an der Zündkerze eines Motors zu bewirken. Die praktische Durchführbarkeit solcher Experimente scheitert jedoch an zwei Hindernissen: an der Unmöglichkeit, einen Fernkurzschluss aus einer Entfernung von mehr als einem Meterbruchteil herbeizuführen, sowie an der Tatsache, dass es für den Techniker eine Kleinigkeit ist, den Motor mit einer wellenundurchlässigen Umkapselung zu umgeben, wie es bei fast allen Grossflugzeugen zum Schutz gegen Radio-Empfangsstörungen geschieht.

Die zweite Form der Todesstrahlen soll angeblich biologische Wirkungen ausüben. Versuche, die u. a. Graf Arco durchführte, brachten den Beweis, dass sich bei Lebewesen, die allerdings in einen Elektrokäfig gesperrt werden müssen, auf ganz kurze Entfernungen innere Verbrennungen zeigen, wenn man Strahlen von 8-10 Metern Frequenz auf sie richtet. Die Frage, ob es tatsächlich eine elektrische Beeinflussung des menschlichen Körpers gibt, ist heute noch völlig ungeklärt.

Die dritte Form will Fernzündung von Explosivstoffen herbeiführen. Die vom englischen und italienischen Staat im Jahre 1924 geförderten Versuche von Grindel-Matthews erregten anfangs Sensation und endigten damit, dass man den Erfinder als er die Erwartungen nicht erfüllte, als Schwindler bezeichnete. Seitdem hörte man nichts mehr von derartigen Experimenten.

Nie wieder Bombenkrieg?

Erst jetzt wieder macht ein junger Erfinder von sich reden, der in Lindenberg, einem kleinen Ort bei Berlin, ein Laboratorium besitzt und den Anspruch darauf erhebt, das Problem der Fernzündung zumindest theoretisch gelöst zu haben. Allerdings wäre es verfehlt, die von ihm erzeugten Strahlen "Todesstrahlen" zu nennen - die Bezeichnung "Antikriegsstrahlen" wäre weit zutreffender, denn gelänge die Umsetzung dieser Versuche einmal in die Praxis, so wäre der Krieg in seiner bisherigen Form, unter hauptsächlichlicher Verwendung von Patronen und Granaten, Bomben und Minen eine Unmöglichkeit, - falls nicht rechtzeitig ein wirksames Gegenmittel erfunden wird!

Kurt Schimkus ist gebürtiger Ostpreusse, am Anfang der Dreissig, Chemiker und Spezialist für das Problem der sogenannten "chemischen Reaktionen".

Die Eigenschaft der "Chemiestralen".

Es ist seit langem bekannt, dass bei Reaktionen bestimmter chemischer Substanzen Strahlen entstehen, die entweder als Lichtstrahlen oder als unsichtbare kurze Wellen in Erscheinung treten. Um Strahlen der letzteren Art handelt es sich bei Schimkus' Versuchen; da er seine Methode bisher noch nicht zum Patent angemeldet hat, will er die Substanzen, mit denen er seine Reaktionen herbeiführt, vorläufig nicht bekanntgeben. Diese Strahlen - Schimkus nennt sie "Chemiestralen" - haben die Eigenschaft, hochgradig empfindliche Sprengstoffe zur

Explosion zu bringen. Unter derartigen Sprengstoffen versteht man Explosivkörper wie Dynamit und Ekrasit oder "Initialsprengstoffe", das heisst Zündkapseln, die in jeder Gewehrpatrone zu finden sind, wo sie durch ihre eigene Explosion die der Pulverladung herbeiführen.

Die Patrone im Kartoffelacker.

Was das Abdrücken eines Gewehrhahnes bewirkt, das Durchschlagen und somit Entzünden des Initialsprengstoffes, bewirken die Chemiestrahlen auf drahtlosem Weg. Der Sender besteht in der Hauptsache aus einer Röhre aus dickem Glas, welche die zur Reaktion nötigen Substanzen enthält. Eine kleine Dynamomaschine liefert den zum Zustandekommen der Reaktion nötigen Strom. Im gleichen Moment, in dem sie eingeschaltet wird, sendet die Röhre ihre Strahlen aus, die bis zu einer Entfernung von 80 Metern Patronen und andere Sprengkörper zur Entladung bringen. Schimkus vergräbt zur Demonstration seines Experimentes eine Patrone im Kartoffelacker, der sein einsames Laboratoriumshäuschen in Lindenberg umgibt, und führt dem Besucher die drahtlose Entzündung mit einer Selbstverständlichkeit vor, wie etwa die Bedienung eines Telefonapparates.

Lenkbarkeit!

Die Fernzündung auf 80 Meter Distanz soll nach den Angaben des jungen Chemikers nur ein Anfang sein. Demnächst hofft er, dieselbe Wirkung auf Entfernungen bis zu 160 Metern erzielen zu können. Er hütet sich, weitere Prognosen zu stellen, um später nicht enttäuschen zu müssen. Rein theoretisch hält er es für möglich, eine Entfernung von 2 Kilometern zu erreichen. Ob damit die Entwicklung abgeschlossen sein wird, ist heute noch nicht abzusehen. Was heute schon Beachtung verdient, ist jedoch die Tatsache, dass diese Strahlen "lenkbar" sind; sie verbreiten sich nicht radial, sondern in Form eines Kegels vom Sender aus, sodass die Gefahr, dass auch Zündstoffe hinter dem Sender zur Explosion kommen, ausgeschaltet ist.

Interessenten aus Amerika.

Die Frage liegt nahe, ob schon irgendwelche Interessenten an den Erfinder herangetreten sind, um die Auswertung dieser Methode der Fernzündung zu übernehmen. Dies ist auch der Fall; allerdings sind es keine politischen Gruppen des In- und Auslandes, sondern wirtschaftliche Interessenten, insbesondere aus Amerika. Schimkus erklärte uns mit grosser Bestimmtheit, er werde die Verwertung seiner Erfindung nur dann aus der Hand geben, wenn er die sichere Gewähr erhält, dass damit kein Schaden für Deutschland und die Welt entsteht. Das Reichswehrministerium scheint von verschiedenen Seiten auf die Schimkus'sche Fernzündung aufmerksam gemacht worden zu sein. Es gab daraufhin eine Erklärung heraus, die bestritt, dass das Ministerium oder die Heeresleitung sich aktiv um Schimkus gekümmert habe, obwohl ihnen dies von einer Reihe von Stellen nahegelegt worden sei. Die Gründe dafür seien vor allem die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, nach dem die Fernzündung unter die verbotenen Waffen falle.

Ela.

+ + +
Neues Riesenflugboot. Auf der Altenrhein-Werft am Bodensee wurde soeben von den Dornier-Flugzeugwerken ein neues viermotoriges Passagierflugboot vom Typ des Dornier-Wal fertiggestellt. Diese neue Maschine "Do S" hat Platz für 25 Passagiere und soll in den Dienst des Ueberseeflugverkehrs gestellt werden. Die Durchschnittsgeschwindigkeit soll 185 Kilometer betragen. Beim Bau der Maschine wurden die bisherigen mit Dornierwalflugbooten gemachten Erfahrungen bei Ozeanflügen weitgehend berücksichtigt.

+ + +
Gronaus ozeanische Flugfahrten. Der deutsche Ozeanflieger Wolfgang von Gronau, der am Mittwoch abend seinen in Etappen ausgeführten Transozeanflug mit einer Landung auf dem Michigansee bei Chicago beendete, erklärte, dass er die von ihm ausprobierte Nordroute für den europäisch-amerikanischen Flugverkehr für ungeeignet halte. Die meteorologischen Bedingungen seien ungünstig,

und die Zahl der Notlandungsplätze wäre zu gering. An sich ist der mit einem Dornierwal durchgeführte Flug vollkommen programmässig verlaufen. Die Flugstrecke führte über die Faröer Inseln und Island zum Scoresby-Sund nach Westgrönland. Nach zehnstündiger Ueberquerung der gewaltigen Gletscher Grönlands, die Gronau als erster überflog, landete der Flieger in der Nähe von Holstenberg. Von hier aus wurde der Flug über Labrador, Kanada und die Hudson-Bay nach Chicago fortgesetzt. Gronau wurde nach der Landung herzlich gefeiert.

Opfer der Alpen. Bei Besteigung des Hohen Göll in den Salzburger Alpen stürzte ein 20jähriger arbeitsloser Handlungsgehilfe aus Berlin-Reinickendorf eine 300 Meter hohe Felswand hinunter und blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen. Der Verunglückte hatte die Tour gemeinsam mit zwei anderen jungen Wanderburschen aus Deutschland, die er in Salzburg kennen gelernt hatte, mit völlig unzulänglicher Ausrüstung unternommen.

Vier Mönche ertrunken. Auf dem Ottawa-Fluss (USA) kenterte ein mit fünf jungen Dominikanermönchen besetztes Boot. Vier der Insassen ertranken.

Acht Millionen unterschlagen! Bei der Continental Illinois Bank in Chicago hat ein Angestellter im Laufe der letzten Jahre den Betrag von etwa acht Millionen Mark unterschlagen. Die Bank ist bei der Londoner Versicherungsgesellschaft Lloyds gegen Veruntreuungen eigener Angestellter versichert und hat entsprechenden Schadenersatzanspruch gestellt. Die ungetreue Angestellte, der bereits seit 20 Jahren in Diensten des Bankhauses steht und bis zum Leiter der Couponabteilung aufgerückt war, ist geständig.

Neue Dampferhebungen. Die Hamburger Bergungsfirma, die den gesunkenen französischen Vergnügungsdampfer "St. Philibert" gehoben hat, wurde von der französischen Brückenbauverwaltung mit der Hebung zweier weiterer vor der französischen Westküste gesunkener Dampfer beauftragt.

Die Verbrechensliste. Der vor einiger Zeit in Köln-Dünnwald verhaftete Brandstifter, der durch seine Taten Jahre hindurch einen weiten Landbezirk in Angst und Schrecken versetzt hatte, wird auch noch anderer Delikte beschuldigt. Es wurde festgestellt, dass er gemeinsam mit einem zweiten Täter im Oktober 1929 auf das Büro der Wiesdorfer Bauwerkstätten in der Nähe von Leverkusen einen Raubüberfall verübt hat.

Sonderbarer Selbstmord. Ein Kaufmann aus Deveser (Ungarn) beschloss Selbstmord zu verüben, weil ihn seine Gattin treulos verlassen hatte. Er kaufte sich einen Sarg, in dem er vierzig Nächte schlief. In der einundvierzigsten Nacht zündete er rings um den Sarg Kerzen an, legte sich hinein und stiess sich ein Messer durchs Herz.

Der Rattenkrieg. Die New Yorker haben den deutschen Kammerjäger Billing zu sich berufen, damit er auf der Riker-Insel die Ratten vernichte. Die Riker-Insel liegt am Zusammenfluss des Long-Island-Sund mit dem East-River und dient der Stadt New York zur Müllablagerung. Täglich gelangen zehn gefüllte Dampfer mit Müll dort an, und jede Ladung bringt einige Ratten mit an Land, die sich auf der Insel mit unheimlicher Schnelligkeit vermehren. Man rechnet mit rund 5 Millionen Ratten auf der Insel. Bisher hat man vergeblich versucht, gegen diese Rattenplage anzukämpfen. Herr Billing will gegen die Nager mit Gift vorgehen, das den angenehmen Geschmack von Anis besitzt und von den Ratten gern gefressen wird.

Wirtschaft Technik Handel

Schwankende Textilkonjunktur.

(Auswirkungen der Kreditkrise und Rohstoffmangel.)

SPD. Die Textilindustrie hat ohne Zweifel im Frühsommer eine Belebung erfahren. Es wäre freilich kühn zu behaupten, dass sie so etwas wie Konjunktur gehabt hätte. Dafür hat schon einmal die Bewegung beileibe nicht alle Branchen erfasst. Die Textilindustrie kann ja auch nicht eine Konjunkturinsel sein. Dafür hängt sie all zu sehr davon ab, ob in anderen Industrien gearbeitet und verdient wird. Nur wenn es in anderen Wirtschaftszweigen Arbeit gibt, kann sich die Textilkonjunktur aufbauen. Aber immerhin gab es doch im zurückliegenden Abschnitt für die Textilindustrie eine ganze Menge von Aufträgen zu erledigen. Man hätte sie auch prompt ausgeführt, wenn nicht die Banknotverordnungen und andere Bestimmungen, die die Finanzkrise gebar, so z.B. die Bestimmungen über die Devisenverwendung, nicht eine äusserst schwierige Lage geschaffen hätten, die manche klug aufgebaute Disposition über den Haufen warf. So machte sich die Kreditknappheit bemerkbar. Dazu kam der Rohstoffmangel. Das ist eine eigenartige Illustration der kapitalistischen Wirtschaftsweise: In Amerika können die Baumwollfarmer ihre Baumwolle nicht los werden. Man erwägt, ein Jahr lang keine Baumwolle mehr zu bauen, um endlich von den Riesenvorräten runter zu kommen. In Deutschland aber zwang der Rohstoffmangel viele Betriebe zum Feiern bzw. zur Einlegung von Kurzarbeit.

Zu den Zweigen, die einen immerhin erfreulichen Geschäftsgang aufweisen können, gehören die Baumwollspinnereien. Sie sind aber nicht an allen ihren Hauptplätzen gleich gut beschäftigt. Im westfälischen Münsterlande wie auch im übrigen Westen war der Eingang an Aufträgen gering. Das dürfte vor allem auf die Preisschwankungen der Baumwolle zurückzuführen sein. Wenn man trotzdem disponierte, so begnügte man sich, kleine Aufträge zu geben. Anders war es in Süddeutschland. Hier mangelte es nicht an Aufträgen. Auch heute ist hier noch reger Betrieb. In Sachsen finden wir teilweise ungenügende Beschäftigung. Eine Ausnahme macht die Oberlausitz. Ähnlich haben sich die Dinge in Schlesien entwickelt, wo einige Betriebe gut, andere schlecht beschäftigt sind.

Wenn man von einem kleinen Teil der Betriebe absieht, ist auch die Entwicklung bei den Baumwollwebereien günstig anzusprechen. Wie gesagt mussten aber hier verschiedene Betriebe infolge Auftragsmangels einschränken. Andererseits, und das gilt für einige westdeutsche Textilorte, führte die Kreditknappheit zu Einschränkungen. Nach Feststellungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes stehen trotz der hohen Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter das Ueberstundenwesen noch immer in Blüte. Man möchte es nicht glauben, aber es ist so: es gibt noch viele Betriebe, in denen bis zu 56 Stunden pro Woche gearbeitet wird.

Ein wenig ungünstiger als in der Baumwollindustrie sieht es in der Wollindustrie aus; jedoch überwiegt auch hier die Vollarbeit. Die Wollwäschereien sind gut, die Kammgarnspinnereien zum Teil genügend beschäftigt. Allerdings hat der Zusammenbruch des Nordwollekonzerns das Gesamtbild ungünstig verschoben. Erfreulicherweise versucht man aber, eine Anzahl der bisherigen Betriebe des Konzerns auf neue Gesellschaften zu übernehmen und fortzuführen. Als erste Frucht dieser Anstrengungen lässt sich in einigen dieser Betriebe eine Erhöhung der zuerst sehr stark runter gesetzten Arbeitszeit feststellen. Die Tuchindustrie bietet ein uneinheitliches Bild. Die sächsisch-thüringischen Webereien,

die infolge der Finanzschwierigkeiten in der glatten Abwicklung ihrer Geschäfte gehindert wurden, melden in der letzten Zeit wieder eine optimistischere Auffassung ihrer Kunden und im Zusammenhang damit einen erhöhten Auftragseingang. Alle übrigen grossen Plätze der Tuchindustrie melden aber ein Nachlassen des Geschäftes. Andererseits weist eine Anzahl von Betrieben, die aber eine Minderheit in der Gesamtbranche darstellt, Vollarbeit auf.

Von den übrigen Zweigen der Textilindustrie zeigt vor allem die Seidenindustrie eine ungünstige Entwicklung. Um Entlassungen zu vermeiden, ist man in Krefeld vom Zweistuhl zum Einstuhlsystem übergegangen. Die Kunstseidenindustrie ist dagegen gut beschäftigt. Um höchste Leistungen bei möglichst niedrigen Löhnen heraus zuquetschen, hat man verschiedentlich das Pedaux-System eingeführt. In der Leinenindustrie hat der Beschäftigungsgrad nachgelassen, während sich in der Juteindustrie schüchterne Besserungsversuche zeigen. Wirkerei und Strickerei haben eine kleine Verschlechterung erfahren, die aber wohl zum grössten Teil durch die schwierigen Geldverhältnisse verursacht worden ist

SPD. Die Reichsbank hat den Anforderungen in der letzten Augustwoche durch Vermehrung des von ihr gewährten Kredits um 296,4 Millionen Mark genügt. Im letzten normalen Monat, in der vierten Maiwoche, steigerte die Bank den von ihr gewährten Kredit um 486 Millionen Mark. Allerdings betrug gegen Ende Mai die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank nur 2086,3 Millionen Mark, während sie für Ende August mit 3450 Millionen Mark angegeben wird. Gegen Ende Juli ist allerdings eine Senkung um 420 Millionen eingetreten.

Man muss bei Betrachtung dieser Zahlen immer berücksichtigen, dass die während der Finanzkrise angeordneten Kreditdrosselungen (Restriktionen) noch in Kraft waren. Ab Mittwoch fallen die Restriktionen fort. Die Reichsbank wird je den guten Handelswechsel ankaufen. Das dürfte nicht ohne Einfluss auf den Status der Reichsbank bleiben. Immerhin kann man annehmen, dass die Banken die am Montag angeordneten Erleichterungen benutzen, um sich mehr flüssig zu machen. Das birgt bestimmte Gefahren und man kann wohl bei der Reichsbank voraussetzen, dass sie das ihr angebotene Material genau daraufhin untersucht, ob den Wechseln nicht mehr oder weniger eine "Flüssigkeitscampagne" der Banken zugrunde liegt. Ohne Kontrolle riskiert die Reichsbank, dass die Banken die Erleichterungen benutzen, um eine "Umlagerung" ihrer Schuldner vorzunehmen.

Von der Steigerung des von der Reichsbank gewährten Kredits um rund 297 Millionen Mark entfallen 149,5 Millionen Mark auf Handelswechsel und Schecks, deren Bestände damit auf 3101 Millionen Mark steigen. 108,5 Millionen Mark sind Lombardkredite. Die Lombardbestände erhöhen sich auf 207,6 Millionen Mark. Gegen Reichsschatzwechsel wurde ein Kredit in Höhe von 38,4 Millionen Mark eingeräumt.

Der Notenumlauf vermehrte sich um 356,2 Millionen Mark und zwar liegt beim Umlauf der Reichsbanknoten eine Steigerung um 334 Millionen Mark auf 4387,8 Millionen Mark vor und bei den Rentenbankscheinen eine Steigerung um 22,2 Millionen Mark auf 420 Millionen Mark. Die Goldbestände haben sich geringfügig, um 220 000 Mark, auf 1366 Millionen Mark erhöht. Die Bestände an Deckungsdevisen steigerten sich um 42,4 Millionen Mark auf 356,2 Millionen Mark.

Aus der Entwicklung ergibt sich eine Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen in Höhe von 39,3 Prozent gegen 41,5 Prozent in der Vorwoche.

SPD. In der bürgerlichen Presse tobt seit einigen Tagen eine neue Hetze gegen die Gemeinden. Sie ist zweifellos durch die Industrie angeregt worden. Angriffsobjekt sind besonders die Gemeindearbeiterlöhne und - ausgerechnet - die Gehälter der Lehrer. Die Bezahlung der Lehrer wird als luxuriös gekennzeichnet und im Zusammenhang damit eine Herabstufung der Gehälter der Gemeindebeamten und Kürzung der Arbeiterlöhne verlangt.

Nun ist durch das Eingreifen des Reichsarbeitsministers Stegerwald im letzten Augenblick verhindert worden, dass zwischen den Gemeinden und ihren Arbeitern ein Lohnkonflikt ausbrach, der sich zu schwersten politischen Kämpfen hätte verdichten müssen. Die Besonnenheit auf Seiten der Kommunen und auf Arbeiterseite war zu gross, als dass man sich in eine Situation hätte drängen lassen, die vielleicht gewissen Kreisen in der Privatwirtschaft genützt, aber sicherlich dem Gemeinwohl auf das schwerste geschadet hätte. Es ist lächerlich, den Gesamtfehlbetrag im kommunalen Haushalt, der sich für das Ende des Rechnungsjahres 1931 auf mindestens 800 Millionen Mark belaufen wird, in irgendeinem Zusammenhang mit der verlangten Kürzung der Gehälter und Löhne zu bringen, die wenig mehr als 30 bis 40 Millionen für den Rest des Haushaltsjahres bringen kann.

Das Treiben der von der Privatwirtschaft beeinflussten Presse gegen die öffentlichen Haushalte, soweit sie sich auf kulturelle und soziale Aufgabengebiete beziehen, wird anscheinend leider von einflussreichen Stellen der Reichsregierung und von einigen Länderregierungen unterstützt. Die Reichsregierung scheint den Reichshaushalt für unverletzlich anzusehen. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, dass es im Reichshaushalt wesentliche Posten gibt, die eingespart werden können. Ehe die Richtsätze für die Aermsten der Armen, für die Arbeitslosen, in der Versicherung und der Fürsorge und für die Wohlfahrtserwerbslosen in den Gemeinden herabgesetzt werden sollen, wäre es gut, wenn das Reichsfinanzministerium sich für die Bezüge der leitenden Beamten der Reichsbank und der Reichsbahn interessierte. Man beruft sich so gern auf die Stimmen des Auslandes. Ob es im Ausland einen besonders guten Eindruck macht, wenn in der heutigen Zeit der Präsident der Deutschen Reichsbank und seine leitenden Kollegen und der Generaldirektor der Reichsbahn und die zahlreichen Reichsbahndirektoren und -präsidenten im ganzen Reich Bezüge erhalten, die in gar keinem Vergleich mit den Beamtengehältern des In- und Auslandes und mit den Vorkriegssätzen stehen, muss mit allem Nachdruck bezweifelt werden. Das Reichsfinanzministerium möge sich ferner für die Gehälter in der Reichswehr und in der Marine interessieren. In besserer Zeit kann es möglich sein, die zahlreichen Beförderungsstellen und hohen Pensionen des Heeres und der Marine aufrecht zu erhalten. Wenn man die Lehrergehälter kürzen will und den kleinen Beamten in den Gemeinden von ihrem geringen Gehalt wesentliche Prozente nehmen will, darf man in falsch verstandener Prestigepolitik die grossen nicht schonen. Wenn ein Kreuzer früher von einem Fregattenkapitän geleitet wurde, brauchen es heute nicht ein Admiral und vier Kapitäne zu sein.

Die Lehrer werden für eine Sondergehaltskürzung kein Verständnis haben, solange die Regierungen der Länder die Professorengehälter schonen. Es ist in den weitesten Kreisen unbekannt, dass seit dem Mittelalter die Professoren nicht wie alle andern Beamten pensioniert, d.h. mit einem Teil ihres früheren Gehalts zur Ruhe gesetzt werden, sondern ihr volles Gehalt Zeit ihres Lebens behalten und auch als "emeritierte" Professoren das Recht haben, Vorlesungen zu halten und Kollegelder zu verdienen. Es gibt z.B. in Preussen sicherlich über hundert Professoren, die mit Gehalt, Kollegeldgarantie und Kollegeldern mehr verdienen als der Preussische Ministerpräsident oder der Oberbürgermeister von Berlin. Vor wenigen Jahren hat es der Preussische Landtag sogar für richtig gehalten, die Altersgrenze der Professoren von 65 auf 68 Jahre zu erhöhen. Er hat dadurch den jungen Gelehrten die Zukunftsaussichten unnötig erschwert. Während man auf allen übrigen Gebieten daran danken muss, die Arbeitszeit zu kürzen, um möglichst viele Menschen zu beschäftigen, wird bei den Pro-

fessoren die Dienstzeit künstlich gestreckt.

Die Ausrede ist beliebt, dass die Kürzung der hohen Gehälter finanziell insgesamt nichts ausmacht. Es mag sein, dass das Deutsche Reich bestehen kann, auch wenn man von diesen Spitzgehältern, von denen wir sprachen, nichts abzieht. Immerhin kann man Hunderttausende von Arbeitslosen mit diesen Abzügen beköstigen. Und schliesslich soll man über dem finanziellen Ergebnis die gewaltige psychologische Auswirkung nicht vergessen. In der grossen Masse des Volkes setzt sich die Ueberzeugung immer mehr durch, dass Mittelstand und Arbeiterschaft opfern sollen. Während man den wirklichen Lohndienstleistern nichts abzieht. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierungen, durch Taten zu beweisen, dass man diesen ungerechten und psychologisch falschen Weg nicht gehen will.

Verstärkter Angebotdruck.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Sept.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb die Tendenz am Mittwoch matt. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich Abschwächungen von etwa 3 Mark und darüber für Weizen und von 2½ bis 3 Mark für Roggen. An Lokoware hat sich das Weizenangebot weiter stark vermehrt und da die Kauflust sehr gering war, gingen auch hier die Preise um ca. 3 Mark zurück. Auch Roggen war verstärkt angeboten und konnte seine Preislage nicht mehr behaupten. Es ergaben sich Abschwächungen von etwa 2 Mark. Das Mehlgeschäft ist ausserordentlich ruhig. Weizenmehl wurde um 25 bis 50 Pfg. billiger angeboten, ohne Absatz zu finden. Für Roggenmehl lauten die Forderungen noch unverändert, jedoch ist auch hier die Nachfrage geringer geworden. Hafer hatte etwas freundlichere Stimmung, da nach den vorangegangenen Preisabschwächungen das Angebot knapper geworden ist.

	<u>1. September</u>	<u>2. September</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	206 - 208	202 - 204
Roggen	170 - 172	168 - 170
Neue Wintergerste	152 - 162	152 - 162
Hafer	129 - 137	129 - 137
Weizenmehl	25,75 - 32,75	25,50 - 32,25
Roggenmehl	23,75 - 26,25	23,50 - 26,00
Weizenkleie	11,75 - 12,25	11,50 - 12,00
Roggenkleie	10,00 - 10,50	10,00 - 10,40
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen September 217 - 216½ (Vor-		
tag 220), Oktober 217½ - 217 (219½), Dezember 218 - 217½ (220½), Roggen Sep-		
tember 182 - 181 (183½), Oktober 181 - 180 (183¼), Dezember 181 - 180 (183½).		
Hafer September 140½ (140½), Oktober 141½ und Geld, Dezember 143½ (143½).		

SPD. Der weltbekannte Techniker, Graf Arco, hat sich entschlossen, von der Leitung des Telefunkenkonzerns zurückzutreten. Der Pionier auf vielen Gebieten der Technik will den Rest seines Lebens privaten Studien widmen. Jedoch ist Vorsorge getroffen worden, dass die reichen Erfahrungen Arcos der Telefunken, an der Siemens und die AEG massgebend beteiligt sind, erhalten bleiben.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 2. September 1931.

Das Auge des Gesetzes.^x

SPD. In der Strassenbahn stellt Heinrich Lüttendorf fest, dass er kein kleines Geld mehr besitzt. Keinen Groschen mehr! Na, dann heraus mit dem letzten Zehnmarkschein, den er wohlverwahrt in der Briefftasche weiss! Es ist der letzte bis Ultimo; noch fünf Tage also, bis das neue Gehalt kommt. Für die Kleingkeiten und etwas Ausgehen wird es gerade noch langen.

Der Schaffner reicht ihm den Schein, nach einigem prüfenden Knistern und Befühlen, wieder zurück. "Falsch!" sagt er, und Lüttendorf wird zumute wie eine Schwein, das vor dem Abstechen den Todeshieb vor den Schädel erhalten hat. Sein Gehirn setzt aus. Das Geld, der Zehnmarkschein, der letzte - falsch???

Der Schaffner erklärt. Eine raffinierte Fälschung, kaum zu erkennen; aber der Mann der Strassenbahn, durch Instruktion gewitzigt, hat aufgepasst. Heinrich sieht sich hilflos um, stösst aber nur auf unerbittliches Bedauern des Schaffners und das kaltherzig-interessierte Staunen des Publikums. Wie peinlich die ganze Sache!

"Ich habe kein anderes Geld mehr," murmelt er.

"Dann werden Sie an der nächsten Haltestelle aussteigen müssen," meint der Schaffner achselzuckend.

Nun regt sich doch das Mitleid. "Kommen Sie, ich leihe Ihnen das Fahrgeld," mischt sich ein Herr ein. "Hier ist meine Adresse; reichen Sie es gelegentlich wieder vor!"

Lüttendorf dankt mit aufrichtiger Bewegtheit, zahlt und steckt die Adresse sorgfältig in die Tasche. "Verlassen Sie sich auf mich!" beteuert er.

"Das tue ich," entgegnet der Herr freundlich. "Ist ja eine Bagatelle."

Im Stadtzentrum steigt Lüttendorf aus und steht unschlüssig auf dem Pflaster. Was nun? Der heilige Egoismus erfasst ihn: das Ding loswerden, ganz gleich, wo und wie! Gegenüber ist ein Papiergeschäft; Briefumschläge kann man immer gebrauchen. Entschlossen geht er darauf zu.

Er hat nicht bemerkt, dass der Herr, der ihm im Wagen so freundlich aus der Not geholfen hat, ebenfalls ausgestiegen und ihm behutsam nachgegangen ist. In dem Augenblick, wo er die Tür des Geschäfts hinter sich zuzieht, überquert sein Verfolger schleunigst die Strasse und postiert sich vorsichtig an der Ladentür.

Eine grosse Scheibe gibt den Blick in den Verkaufsraum frei. Der Verfolger wartet, bis der andre da drinnen seinen Einkauf gemacht hat und den Geldschein zur Zahlung hinlegt. In diesem Augenblick drückt er die Tür auf, tritt ein und geht stracks auf den Verkäufer zu.

"Einen Augenblick!" sagt er ruhig, "das Geld ist falsch!"

Man starrt ihn an; bestürzt hält der junge Mann hinter dem Ladentisch den Schein gegen das Licht. Mit einer schnellen Wendung tritt der Herr auf den sprachlosen Lüttendorf zu und schlägt seinen Mantel ein wenig auseinander. Eine runde Kupfermarke blitzt auf.

"Kriminalpolizei!" sagt der Fremde. Lüttendorf sinkt in die Erde. Der Geschäftsinhaber tritt heran und der Verkäufer, sich jetzt sehr tüchtig und fachmännisch gebärdend, reicht den Schein zurück: "In der Tat falsch!"

"Sie können nicht leugnen," sagt der Kriminalkommissar zu dem Ertappten, "dass Sie darüber unterrichtet gewesen sind, dass der Schein falsch war. Vor einer Viertelstunde hat in meiner Gegenwart ein Strassenbahnschaffner die An-

nahme verweigert. Sie haben also wissentlich falsches Geld in Verkehr zu bringen versucht. Ich beschlagnahme den Schein und nehme Sie fest."

Lüttendorf überfällt ein Schwindel. Wie ein Karussell voll teuflischer Fratzen dreht sich rings die Welt um ihn. Er, er, der noch nie mit der Polizei-Bekanntheit gemacht hat - verhaftet! Das gesamte Personal des Geschäftes begafft den sensationellen Auftritt. Der Kriminalbeamte steckt den Schein ein und macht mit den Augen eine einladende Bewegung. Wie im Traume folgt ihm der Verhaftete. Auf der Strasse verspürt er die Wohltat frischer Luft, die ihm wenigstens einen Teil seiner Fassung wiedergibt. "Pfui Teufel!" spuckt er aus. "Welch ein Handwerk!" Sein Begleiter sieht ihn ruhig an: "Ich begreife, dass Sie Ihre Nerven nicht in der Gewalt haben. Wir kennen das, und ich trage es Ihnen persönlich nicht nach. Ich mache Sie jedoch darauf aufmerksam, dass ich im Dienst bin und nichts als meine Pflicht tue. Also fügen Sie sich!"

In dumpfem Schweigen gehen Sie durch die Strassen. Lüttendorf brütet darüber nach, wie er sich auf der Wache herausreden könne. Ob er nicht doch versucht, ein Wort im Guten... Oder...? Entgegenkommende Passanten trennen ihn häufig auf Augenblicke von seinem Bewacher. Wenn er flüchtete?

Gerade als er diese Absicht in plötzlichem Entschluss ausführen will und scheu sich orientierend zur Seite blickt, entdeckt er, dass sein Begleiter verschwunden ist....

In diesem Augenblick steht ihm auch der letzte Rest seines Verstandes still.

Wenige Minuten später sitzt in einem sehr guten Weinrestaurant, in das sich der Angestellte Heinrich Lüttendorf nie verlaufen hätte, ein Herr und bestellt ein reiches Abendessen. Er zahlt mit einem Zehnmarkschein, den der Kellner, vielbeschäftigt, anstandslos wechselt.

"Uff!" sagt der Herr, als er wieder draussen steht, mit der Hand unter den Mantel tastet, seine "Ausweismarke" abhakt und sie mit Gaunergrinsen in die Tasche gleiten lässt.

Eine alte Kriegermedaille von Anno siebzig....

Hanns Roessink.

Kapitalisten.^x

Das goldene Kalb.

SPD. Seit alttestamentarischen Tagen wird der Fetisch des goldenen Kalbes verspottet und - angebetet. "Lächerlich!", denkt man, "aber Gold ist doch Gold." Und, von Freude am Glanze beherrscht, prägte man als kostbarstes Spielzeug goldene Münzen.

Das ist nach dem Weltkriege anders geworden. Im Zeitalter der neuen Sachlichkeit hat die sparsame Menschheit einen genialen Einfall gehabt. Wozu das gelbe Metall erst ausmünzen? Man verwahrt es in riesigen Barren, unterirdisch eingelagert, fünfzigfach behütet und bewacht. Und sichert so das Wohlergehen der Völker. Wenn einige Flugzeugladungen solcher Blöcke von London nach Paris verfrachtet werden, geht ein Zittern durch den Erdteil.

Man sollte den Vätern der Idee je eine überreiche Petroleumquelle schenken, ihnen aber gleichzeitig bei lebenslänglicher Zuchthausstrafe verbieten, sich dieser Quelle mit Schöpfgefässen zu nahen. Vielleicht würden dadurch "Glück" und Wohlstand einkehren. Denn zu der massiven Währungsunterlage würde sich ja ein flüssiges Gegenstück gesellen.

Vorsorge.

Der abgebaute Bankbeamte Ernst Liepka ist Vater von vier Kindern und Schwiegersohn des berühmten Rechtsanwalts Wukai. Dessen einzige Tochter ist Liepkas Frau. Allmonatlich mindestens einmal fragt der Advokat den Vater seiner Enkel, wie er drei- oder fünftausend Mark anlegen solle. Der hat längst

alle Register aufgezogen, sein Fachwissen erschöpft. Ausserdem: Wofür kann man heute bürgen, was rückhaltlos empfehlen? Also sagt er: "Gönne dir etwas dafür, Schwiegerpapa". - "Keinesfalls", erwidert dieser fast entrüstet, "es ist für euch und die Kinder".

Unterdessen verschleudert Liepka die Briefmarkensammlung aus der Jugendzeit, um die Miete bezahlen zu können. Und an die Unterrichtsanstalten, die seine Kinder besuchen, richtet er ein durch Tatsachen erhärtetes Gesuch um Schulgeldnachlass.

Die Ausreisegebühr.

(Statt eines Epiloges.)

Holzgrosshändler Hasenschart hatte eine "Finanzoperation" im Auslande zu erledigen. Es handelte sich um die Unterbringung von hunderttausend Reichsmark, deren Gegenwert ihm in fremder Währung zustand. Da kam die Hundertmarkverordnung. "Ei der tausend", schmunzelte er, "welch fürchterliches Hindernis! Ein Zehntel Prozent. Man sollte vor lauter Bewunderung einen zweiten Hundertmarkschein hernehmen und sich einen Fidibus daraus drehen. Hei, würde die damit angesteckte Zigarette munden!" Schliesslich hielt er es aber doch für überflüssig, "der Reichsbank etwas zu schenken". Ja, als nüchterne Ueberlegung wieder bei ihm eingekehrt war, tat es ihm sogar um die eigentliche Passgebühr leid. So ward er Mitglied eines Wandervereins, von dessen Vorhandensein er vorher nichts gewusst hatte. 10 Mark Eintrittsgeld, 8 Mark Jahresbeitrag. Das kann man sich noch leisten. Obendrein freut sich der Klub, gegen dessen Kassenebbe die ebenso einsichtige wie mitleidige Regierung ein so unverhofftes Heilmittel erfand.

Selbstverständlich wird es Hasenschart nicht versäumen, sehr beizeiten seinen Wiederaustritt anzumelden.

Heinrich Minden (Dresden).

Spätsommerfrische - ohne Unkosten.^x

SPD. Mag Altona die Stadt der Parks an der Elbe sein - auch Hamburg hat seine grünlichen Reize. In dieser Beziehung ist uns niemand über; so grosse Park- und Baumflächen inmitten der Stadt hat keine europäische City aufzuweisen. Und es kommt gerade darauf an, dass die Strassenzüge alle Augenblicke durch Rasenflächen unterbrochen werden, denn bei der Lage mancher Erwerbsloser würde das Fahrgeld in weit abliegende Vororte und selbst die Abnutzung der Schuhsohlen auf weiten Wegen schon den beengten Etat ruinieren.

Es waren jetzt wieder ein paar schöne Tage, und es sieht ganz danach aus, als sollte es endlich einmal dabei bleiben. Die günstige Stimmung des Wettergöttes kommt der Frequenz der Hamburger Parkflächen zugute. Wo sie auch liegen, ob es die riesigen Anlagen bei der Sternschanze, die neugeschaffenen, gartenähnlichen Komplexe bei den alten Kirchhöfen, ob es der Stadtpark oder die Moorweide und viele andere sein mögen, überall lagern sich sonnenfreudige Menschen, Männer, Frauen und Kinder zu hunderten. Kinderwagen und -karren sind reich vertreten, damit auch die allerjüngste Generation von der frischen Luft ihr Teil bekommt. Die umherspielenden "Krabben", die "Deerns" und "Buttjes" nehmen die glänzende Gelegenheit zu Indianerspielen, Ringkämpfen und Ballschlachten wahr; die grossen Leute ruhen sich aus, lesen, dösen, klöhnen; und mag es auch nur ein Notbehelf sein und wirklich kein vollwertiger Ersatz für die bei manchen von diesen im Vorjahre noch obligate kurze Sommerreise, es ist doch Frische und Erholung in jedem Fall.

Die Stadt Hamburg kann für diese soziale Einrichtung, die gerade den Bedürftigsten zugute kommt, nicht genug gelobt werden!

Aber - man muss sich einmal in den Spätabendstunden umblicken - auch die Benutzer der "Rasenfrieheit" sind zu loben. Was an Papier, Obstresten und der-

gleichen umherliegt, ist, gemessen an der Menschenmenge, verschwindend wenig! Untereinander achten die Leute schon im eigensten Interesse auf Sauberhaltung der Rasen und Parkwege. Die Anleitung durch Tafeln und Papierkörbe hat auch viel ausgemacht, und die paar ewig Unverbesserlichen, die trotz der Allgemeinindisziplin dennoch alles in die Gegend werfen, was sie nicht mehr benötigen sind hiermit aufgefordert, sich erstens öffentlich zu schämen und zweitens in sich zu gehen und ihrem eigenen Herzen Besserung zu geloben! Wap.

Der Schuss im Theater.^x

SPD. Es war am 14. April 1865. Im Theater in Washington sass eine festlich gestimmte Menge und folgte den Vorgängen auf der Bühne. Eine erregte Zeit war zu Ende gegangen. Der vierjährige Bruderkrieg zwischen den Nord- und den Südstaaten der amerikanischen Union hatte seinen Abschluss gefunden. Zum ersten Male wieder war Abraham Lincoln, der allseitig beliebte und verdienstvolle Präsident, im Hause anwesend. Das Publikum brachte dem aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Volks- und Staatsmann, der die Sklavenbefreiung durchgesetzt hatte, Ovationen dar. Plötzlich krachte ein Schuss. Der furchtbare Schrei einer Frauenstimme gellte durch das Theater. Alles sprang erregt von seinen Sitzen auf.

Was war geschehen? Hinter den Sitz des Präsidenten war ein Mensch - wie sich bald herausstellte, der Schauspieler Booth - geschlichen und hatte Lincoln aus unmittelbarer Nähe erschossen. Nach einem theatralischen Aufruf, dass es allen Tyrannen so ergehen möge, war Booth aus dem Hause verschwunden. Aus dem Munde der entsetzten Gattin Lincolns aber war der laute Schrei gekommen.

Nach der anfänglichen Erregung bemächtigte sich der Versammelten eine gerechte Empörung, und bald war die gesamte Garnison von Washington auf den Beinen, um den Mörder zu suchen. Nach Tagen erst wurde dieser auf einer entlegenen Farm in Virginien gestellt. In einer Scheune hatte er sich verbarrikadiert. Auf den Zuruf, sich zu ergeben, antwortete er mit einem Gewehrschuss. Die Soldaten und die Bevölkerung waren erbittert. Kaum jemals zuvor hatte sich ein Präsident solcher Beliebtheit erfreut wie der so ruchlos erschossene Lincoln. Erst vier Wochen vorher war seine abgelaufene Präsidentschaft um weitere vier Jahre verlängert worden. Und nun musste so ein Individuum dieses kostbare und verdienstvolle, dazu absolut selbstlose Leben auslöschen. Es hielt schwer, Soldaten und Volk von einer grausamen Lynchjustiz zurückzuhalten. Hatte doch der die Gefangennahme leitende Major den Auftrag, den politischen Meuchelmörder lebend der Gerechtigkeit auszuliefern. Der Kommandeur der Truppe untersagte daher jede direkte Gewalttat gegenüber dem Gefangenen. Vor allem sollte nicht geschossen werden. Er beschloss vielmehr, den Attentäter auszuräuchern. Zu diesem Zwecke liess er Baumstämme fällen und sie um das Mörderversteck herum aufschichten.

Während die Soldaten mit dieser Arbeit beschäftigt waren, trat einer von ihnen zu dem Major und bat, den Mörder töten zu dürfen. Gott habe ihn dazu bestimmt. Der Major wehrte energisch ab; Booth müsse lebend eingeliefert werden. Schon, damit man erfahre, weshalb er die Tat verübt, und ob er Hintermänner habe. Widerwillig gehorchte der Soldat, murmelte jedoch, dass er noch der Rächer Lincolns werden würde. Niemand indes achtete mehr auf ihn.

Die Holzaufschichtungsarbeiten waren beendet. Der Kommandant liess das Holz anzünden. Da hob der Mörder seine Pistole auf die Soldaten, um noch den einen oder andern niederzuschliessen. In diesem Augenblick riss Boston Corbett - so hiess der junge Freiwillige, der sich erboten hatte, Rachejustiz zu üben, - sein Gewehr an die Wange und streckte den im Flammenkreise Stehenden zu Boden.

Der Major war empört. Er liess Corbett verhaften. In der Gerichtsverhandlung antwortete dieser immer nur das eine, Gott habe ihn zum Rächeramte bestimmt. Das Kriegsgericht hielt ihn für geistesverwirrt und sprach ihn frei. Anders dachte das Volk. Der Mann, der ihm den Präsidentenmörder vorzeitig getötet hatte, wurde verfehmt. Jeder ging ihm aus dem Wege. Niemand wollte etwas mit ihm zu tun haben. Corbett wurde es unheimlich. Er floh nach Kansas, erwarb dort eine Farm. Aber auch hier wollte man ihn nicht dulden, und nur mit der Pistole in der Hand konnte er sich gegen die Farmer der Umgegend wehren.

Nicht lange danach fiel das sonderbare Wesen Corbetts allgemein auf. Die Behörde erklärte ihn für unzurechnungsfähig und überwies ihn einer Heilanstalt. Aus dieser ist er eines Nachts entflohen und nach Mexiko ausgewandert. Dort ist er verschollen.

Der Schauspieler Booth hatte seine schändliche Tat als unterlegener, hasserfüllter Südstaatler verübt. Die freigelassenen Neger erhielten in der Folge das Bürgerrecht. Ihren Befreier Lincoln aber haben sie nie zu sehen bekommen.
j.k.

Hallo - September!

Fahr wohl, August! - Dein Stolz war: Nichts zu taugen.
Wir haben keinen Grund, dir nachzuweinen.
Du zeigtest dich mit Trief- statt Sonnenaugen.
(Vielleicht lernt jetzt die Sonne nochmal scheinen!)

Die Früchte schwellen, reifen an den Ästen,
Wir füllen uns mit Obst und Vitaminen.
Das heisst: Die grossen sind nicht stets die besten,
Nicht alle das, was sie zuvor geschienen.

So manches "Früchtchen" kam in böses Schwanken.
Als es geplatzt, sah man die Maden wimmeln.
Es starben seufzend Devaheim und Banken,
Und Mancher (Manche) fiel aus allen Himmeln.

So vieles ist, das droht noch so vom weiten
in diesem Sommer unsrer Missvergnügen.
Es steigt die Not, der Dalles und die Pleiten.
Der Brotpreis ist - natürlich - auch gestiegen.

Und nun ein scheuer Blick aufs Thermometer!
Es zeigt - na, endlich! - steigende Tendenzen!
Noch einmal Boot und Zelt, ihr Pflastertreter,
und Sonntags raus ins Grüne, Grosstadt schwänzen!

Die Sonne scheint - na ja, das hört man gerne;
die Wetterstelle ändert die Prognosen.
Man hört nicht dauernd: Druckfall, Tiefdruckkerne,
und lässt sich wonnig sommerlich umkosen.

Ein Blick nach Genf - Laval, Briand empfangen - -
Was hält der neue Monat sonst verborgen - ?
- - Wir haben einen Wunsch: Wenn er vergangen,
ein bisschen Hoffnung mehr - und weniger Sorgen!

Walter Schirmeier.

100 Jahre Schiffsschraube.^x

SPD. In Boulogne sur mer wird in diesen Tagen in Anwesenheit von Delegationen aus zahlreichen Ländern eine Festwoche veranstaltet, die dem 100. Geburtstag der Schiffsschraube und dem Ruhm ihres Erfinders Frédéric Sauvage geweiht ist. Sauvage hat das Schicksal so vieler Erfinder geteilt, die, bei Lebzeiten unerkannt und verspottet, schliesslich im Elend gestorben, und deren Verdienste erst von der Nachwelt anerkannt worden sind.

Am 20. September 1786 erblickte Sauvage in Boulogne das Licht der Welt. Bereits mit 15 Jahren trat er als Schreiber in das Marinearsenal seiner Vaterstadt ein. Bald interessierte er sich aber mehr für Schiffskonstruktionen als für seine Schreibarbeiten und konnte dank seiner technischen Veranlagung im Konstruktionsbüro beschäftigt werden. Zu Beginn des Jahres 1831 kam ihm der Gedanke, die bisher für die Fortbewegung der Schiffe verwandten Schaufelräder durch eine Vorrichtung zu ersetzen, die ähnlich wie ein Wrickriemen bei einem Ruderboote funktioniert, d.h. das Boot durch schraubenartige Bewegung eines am Heck befestigten Ruders vorwärts drückt. Zehn Monate arbeitete er an der Durchführung seines Planes. Schliesslich hatte er ein Versuchsschiffchen von kaum 30 cm Länge und 10 cm Breite erbaut, das er mit einer Schraube versah. Sie bestand aus einem Stück Holunderholz, in das er einige Nadeln in geschickter Anordnung steckte, zwischen die er Leinwandfetzen spannte. Am 15. Januar 1832 fand der erste offizielle Versuch mit diesem Schiffchen statt. Zuerst führte Sauvage sein Schiff mit den üblichen Schaufelrädern vor, die durch ein kleines Gewicht in Bewegung gesetzt wurden. In einer Minute legte das Schiff eine Strecke von 2,36 m zurück. Dann wurde der Versuch mit der von Sauvage erfundenen Schraube wiederholt. Diesmal wurde das Schiff um 7,24 m vorwärts bewegt. Der Erfolg war also durchschlagend.

Sauvage baute darauf ein neues Schiffchen, das er mit 2 Schrauben, diesmal aus Kupfer, versah. Mit diesem Schiff unter dem Arme fuhr er nach Paris, meldete seine Erfindung als Patent an und suchte dann den Marineminister, Admiral de Rigny, auf. Er führte ihm seine Erfindung vor und erhielt den Auftrag, ihre Wirksamkeit an einem Boote von 15 Fuss Länge zu demonstrieren. Sauvage machte sich an die Arbeit und hatte bei der Versuchsfahrt wieder grossen Erfolg. Trotzdem war der Marineminister von der Zweckmässigkeit der Erfindung nicht überzeugt. Er sandte Sauvage ein Dankschreiben, lehnte darin aber die Anmeldung des Schraubensystems für die Fortbewegung der Seeschiffe ab, da in den Vereinigten Staaten angestellte Versuche ergeben hätten, dass das System in grösserem Masstabe nicht anwendbar sei. Vollkommen entmutigt und durch die Kosten seiner Experimente ruiniert, begab Sauvage sich nach Le Havre, konnte aber auch hier niemanden für seine Erfindung erwärmen. Bald kehrte er wieder nach Paris zurück und machte dort einige andere Erfindungen, u.a. den Storchschnabel (Werkzeug zum Nachzeichnen von Kunstwerken), die ihm wieder etwas Geld einbrachten. Alle diese Mittel verwandte er für die Vervollkommnung seiner Schiffsschraube, von der er nicht loslassen wollte. Schliesslich wollte ihm die englische Regierung für eine hohe Summe sein Patent abkaufen. Aber Sauvage lehnte ab. Kurz darauf erhielt er den Besuch eines Engländers, der ihn geschickt über seine Erfindung ausfragte und sich seine Erklärungen aufnotierte. 3 Monate später besass England das erste Schraubenschiff, den "Archimedes", der eine Wasserverdrängung von 200 Tonnen hatte.

Im Jahre 1841 schlug endlich Normand, ein Franzose, Sauvage vor, seine Erfindung praktisch auszunützen. Ein Vertrag kam zustande, und Anfang 1843 machte das erste französische Schraubenschiff, der "Napoleon", seine Versuchsfahrt, die glänzend verlief. Sauvage, der in Paris weilte, hatte man aber dabei vergessen. Man sprach immer nur von einer "Archimedesschraube" (nach dem englischen Schiff), ohne den eigentlichen Erfinder zu erwähnen. Sauvage

fuhr daraufhin nach Le Havre und hatte dort mit dem Schiffskonstrukteur dramatische Auseinandersetzungen, weil dieser seine Erfindung abgeändert hatte und ihm nun die vertraglich festgelegte Entschädigung nicht auszahlen wollte. Sauvage geriet immer mehr in Schulden, sodass er verklagt und ins Gefängnis geworfen wurde.

Unterdessen machte der "Napoleon" die erfolgreichsten Fahrten mit einer Geschwindigkeit von 9 Seemeilen. Dank einer scharfen Kampagne des Journalisten und Schriftstellers Alphonse Karr wurde Sauvage nach langer Haft frei gelassen. Aber er war ein gebrochener Mann. Er machte noch einige kleinere Erfindungen, so, z.B. die des hydraulischen Blasebalgs, und starb in Not und Elend am 17. Juli 1857, nachdem er die ihm nach seiner Haft von der Regierung gewährte Pension von 2 000 Franken längst aufgebraucht hatte. Das war das traurige Schicksal eines Mannes, dessen Erfindung für die Entwicklung der Seeschifffahrt bahnbrechend gewesen ist.

SPD. Intelligente Ameisen.^X Man kann sehr häufig von Beobachtungen der Tierwelt hören oder lesen, in denen die Auffassung zum Ausdruck gebracht wird, dass bestimmte Taten der tierischen Mitbewohner unsres Planeten nicht rein instinktiv ausgeführt werden, sondern deutlich auf Ueberlegung, sogar auf eine gewisse Intelligenz schliessen lassen. Solche der Wahrheit entsprechenden Mitteilungen können nicht oft genug an die Öffentlichkeit gelangen, da der Mensch der sogenannte "Beherrscher" der Erde, sehr leicht dazu neigt, in seiner Ueberheblichkeit allen anderen Geschöpfen jegliche Intelligenz abzusprechen. Eine sehr interessante Beobachtung über ein gewisses Ueberlegen und Nachdenken der Ameisen machte kürzlich Professor G.M. Jadhav in Bombay. Im Arbeitsraume dieses Gelehrten befand sich ein mit Fliegenleim bestrichenes Blatt Papier, auf dem sich viele Fliegen gefangen hatten, die sich nicht wieder befreien konnten. Die Ameisen fanden dieses Fliegenpapier und witterten ein reichliches Frühstück. Einige der Ameisen beschritten das klebrige Blatt, um zu den Fliegen zu gelangen, aber, o weh, sie klebten fest, und mussten ebenso sterben, wie die anderen von der klebrigen Masse Gefangenen. Durch diesen Vorfall wurden aber die übrigen Ameisen vorsichtig. Lange überlegten sie, wie sie es wohl anstellen könnten, ein Mittel zu finden, um zu den Fliegen zu gelangen. Professor Jadhav konnte dann beobachten, wie plötzlich die gesamten Ameisen verschwanden. Nach einer Weile kehrten sie wieder zurück, und jede von ihnen hatte ein Sandkörnchen bei sich. Sie legten nun diese ganzen Körnchen vorsichtig auf das Leimpapier, immer dicht hintereinander, so dass ein schmaler, trockener Weg bis zu den Fliegen entstand. Auf diesem trockenen Pfad trippelten die Ameisen bis zu den Fliegen. Aber auch hier war ihre Arbeit noch nicht zu Ende. Auch unter den Leib der angeklebten Insekten legten sie Sandkörnchen an Sandkörnchen, bis jede Gefahr bei der Besitzergreifung der Beute beseitigt war.

SPD. Deutsche Sprak - schwere Sprak.^X In Middelkerke (Belgien) hat ein Hotel die Hausordnung unter anderem auch in angeblich deutscher Sprache plakatiert. Einige Kostproben: "Juwelen und sonstige Wertsachen dürfen nicht in den Schlafzimmern hintengelassen werden. - 10 % Aufschlag wird für des Dienst angerechnet. - Man wird höflichst ersucht, keine Störung zu wecken nach Mitternacht. - Man kann mitzunehmen Mahlzeiten für Ausflüge am Vorabend besprechen. - Reisender, die keine Getränke nützen, bezahlen ein Aufschlag. - Reisender ohne Packung bezahlen das Zimmer bei ihrer Ankunft...." - Ob diesen gefeilten Stil am Ende gar ein belgischer Oberlehrer auf dem Gewissen hat?